

20. Sitzung
am Dienstag, dem 15. März 2005

Inhalt

Kleine Anfragen gemäß § 29 Abs. 2 der Geschäftsordnung	704
Eingaben gemäß § 70 der Geschäftsordnung	704

Fragestunde

1. Mammographiescreening

Anfrage der Abgeordneten Frau Arnold-Cramer, Brumma, Böhrnsen und Fraktion der SPD vom 23. Februar 2005	705
---	-----

2. Conver-Gelände

Anfrage der Abgeordneten Frau Wangenheim, Frau Kummer, Dr. Sieling, Böhrnsen und Fraktion der SPD vom 24. Februar 2005	705
--	-----

3. Medienzentrum Bremen

Anfrage der Abgeordneten Frau Busch, Liess, Böhrnsen und Fraktion der SPD vom 24. Februar 2005	707
--	-----

4. Ausfall von Unterrichtsstunden durch die Personalversammlung am 1. März 2005

Anfrage der Abgeordneten Rohmeyer, Kastendiek und Fraktion der CDU vom 8. März 2005	709
---	-----

5. Interesse von Langzeitarbeitslosen und insbesondere von Frauen in der Bagis ausreichend vertreten?

Anfrage der Abgeordneten Frau Schön, Schmidtman, Frau Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 9. März 2005	711
---	-----

Aktuelle Stunde

Aus als europäische Kulturhauptstadt - Bremen muss Kulturstadt bleiben!

Abg. Frau Krusche (Bündnis 90/Die Grünen)	714
Abg. Dr. Schrörs (CDU)	715
Abg. Frau Emigholz (SPD)	717

Bürgermeister Dr. Gloystein	719
Abg. Frau Krusche (Bündnis 90/Die Grünen)	722
Abg. Frau Emigholz (SPD)	723

Tagesbetreuungsausbaugesetz in Bremen umsetzen!

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
 vom 23. Februar 2005
 (Drucksache 16/300 S)

In die Zukunft investieren - Tagesbetreuung ausbauen

Antrag der Fraktionen der SPD und der CDU
 vom 15. März 2005
 (Drucksache 16/304 S)

Abg. Crueger (Bündnis 90/Die Grünen)	724
Abg. Frau Speckert (CDU)	726
Abg. Pietrzok (SPD)	728
Abg. Crueger (Bündnis 90/Die Grünen)	729
Senatorin Röpke	730
Abstimmung	731

Bericht des Petitionsausschusses Nr. 31

vom 1. März 2005

(Drucksache 16/301 S)

Abg. Frau Dr. Mathes (Bündnis 90/Die Grünen)	732
Abg. Imhoff (CDU)	733
Abg. Dr. Schuster (SPD)	735
Abg. Frau Dr. Mathes (Bündnis 90/Die Grünen)	736
Senator Eckhoff	737
Abstimmung	738

**Nachtragshaushaltsgesetz und Nachtragshaushaltsplan der Freien Hansestadt
 Bremen (Stadtgemeinde) für das Haushaltsjahr 2005
 (einschließlich Veränderungen im Produktgruppenhaushalt)**

Mitteilung des Senats vom 15. März 2005

(Drucksache 16/305 S)	738
-----------------------------	-----

Entschuldigt fehlen die Abgeordneten Jägers, Frau Stahmann, Frau Wargalla.

Präsident Weber
Vizepräsidentin Dr. Mathes
Schriftführerin Arnold-Cramer
Schriftführerin Böschen
Schriftführerin Hannken

Bürgermeister **Dr. Gloystein** (CDU), Senator für Wirtschaft und Häfen
und für Kultur

Senator für Bildung und Wissenschaft **Lemke** (SPD)

Senatorin für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales **Röpke** (SPD)

Senator für Bau, Umwelt und Verkehr **Eckhoff** (CDU)

Staatsrat **Dr. Knigge** (Senator für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und
Soziales)

Staatsrätin **Kramer** (Senator für Bau, Umwelt und Verkehr)

Präsident Weber eröffnet die Sitzung um 14.01 Uhr.

Präsident Weber: Meine Damen und Herren, ich eröffne die 20. Sitzung der Stadtbürgerschaft.

Ich begrüße die hier anwesenden Damen und Herren sowie die Zuhörer und Vertreter der Presse.

Gemäß Paragraph 21 der Geschäftsordnung gebe ich Ihnen folgende Eingänge bekannt:

1. In die Zukunft investieren - Tagesbetreuung ausbauen, Dringlichkeitsantrag der Fraktionen der SPD und der CDU vom 15. März 2005, Drucksache 16/304 S.

Gemäß Paragraph 21 Absatz 1 unserer Geschäftsordnung muss das Plenum zunächst einen Beschluss über die Dringlichkeit des Antrags herbeiführen.

Wer mit einer dringlichen Behandlung des Antrags einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft stimmt einer dringlichen Behandlung zu.

(Einstimmig)

Ich schlage Ihnen vor, diesen Punkt mit dem Tagesordnungspunkt vier zu verbinden.

Dagegen erhebt sich kein Widerspruch, dann werden wir so verfahren.

2. Nachtragshaushaltsgesetz und Nachtragshaushaltsplan der Freien Hansestadt Bremen, Stadtgemeinde, für das Haushaltsjahr 2005 einschließlich Veränderungen im Produktgruppenhaushalt, Mitteilung des Senats vom 15. März 2005, Drucksache 16/305 S.

Ich gehe davon aus, dass Einverständnis besteht, diesen Punkt am Schluss der Tagesordnung aufzurufen.

Meine Damen und Herren, die übrigen Eingänge bitte ich dem heute verteilten Umdruck sowie der Mitteilung über den voraussichtlichen Verlauf der Plenarsitzung zu entnehmen.

I. Kleine Anfragen gemäß § 29 Abs. 2 der Geschäftsordnung

1. Gesellschaft für Bildungsinfrastruktur
Kleine Anfrage der Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen vom 8. Februar 2005
Dazu
Antwort des Senats vom 8. März 2005
(Drucksache 16/302 S)
2. Musical Theater
Kleine Anfrage der Fraktion der CDU vom 22. Februar 2005
Dazu
Antwort des Senats vom 15. März 2005
(Drucksache 16/306 S)
3. Kooperation von Ganztagschulen mit Kindergruppen und Kindertagesstätten
Kleine Anfrage der Fraktion der CDU vom 22. Februar 2005
4. Verkehrsüberwachung in Tempo-30-Zonen
Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 9. März 2005
5. Perspektive Bauamt Bremen-Nord
Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 11. März 2005

II. Eingaben gemäß § 70 der Geschäftsordnung

Eingaben mehrerer Bürger zu den geplanten Kürzungen im Kindergartenbereich.

Zur Abwicklung der Tagesordnung wurde interfraktionell vereinbart, den Tagesordnungspunkt drei, Handlungskonzept für eine Bürgerstadt, auszusetzen.

Wer mit den interfraktionellen Absprachen einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft ist mit den interfraktionellen Absprachen einverstanden.

(Einstimmig)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir treten in die Tagesordnung ein.

Fragestunde

Für die Fragestunde der Stadtbürgerschaft liegen fünf frist- und formgerechte Anfragen vor.

Die erste Anfrage trägt den Titel „**Mammographiescreening**“. Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Frau Arnold-Cramer, Brumma, Böhrnsen und Fraktion der SPD.

Ich bitte die Fragestellerin, die Anfrage vorzutragen!

Abg. Frau **Arnold-Cramer** (SPD): Wir fragen den Senat:

Erstens: Seit wann ist die Untersuchungsstelle in Bremen-Nord geschlossen, und welche Gründe haben die Schließung veranlasst?

Zweitens: Gibt es in Bremen noch andere Veränderungen bei den Untersuchungsstellen?

Drittens: Welche Anlaufstelle in Bremen-Nord wird den Frauen zukünftig zur Verfügung stehen?

Präsident Weber: Die Anfrage wird beantwortet von Frau Senatorin Röpke.

Senatorin Röpke: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage eins: Die Untersuchungsstelle Bremen-Nord war ab April 2004 geschlossen, da zu diesem Zeitpunkt die erste Untersuchungsrunde der anspruchsberechtigten Frauen aus Bremen-Nord abgeschlossen war. Die Untersuchungsstelle ist seit Februar 2005 für die zweite Einladungsrunde wieder eröffnet.

Zu Frage zwei: Nach Angaben der Kassenärztlichen Vereinigung Bremen beabsichtigt der zukünftige programmverantwortliche Arzt, die Untersuchungsstelle Knochenhauerstraße in die Friedrich-Ebert-Straße zu verlegen.

Zu Frage drei: Nach Angaben der Kassenärztlichen Vereinigung Bremen beabsichtigt der zukünftige programmverantwortliche Arzt, in Bremen-Nord weiterhin eine Untersuchungsstelle zu betreiben. - Soweit die Antwort des Senats!

Präsident Weber: Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Arnold-Cramer** (SPD): Frau Senatorin, Sie sagten, dass es hier um eine freiwillige Vereinbarung geht, die Untersuchungsstelle in Bremen-Nord zu erhalten. Gibt es darüber hinaus vielleicht irgendwelche schriftlichen Vereinbarungen, oder ist das in das Belieben des Arztes gestellt?

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Röpke: Wir haben die Situation, die wir sicherlich alle begrüßen, dass wir das Modellprojekt, das wir hier in Bremen unter anderem republikweit durchgeführt haben, ab 1. April 2005 jetzt in ein Regelangebot überführen. Das ist eine neue Situation. Dadurch, dass es Regelversorgung oder -angebot ist, ist es jetzt auch in die Verantwortung der Selbstverwaltung, also hier der Kassenärztlichen Vereinigung und der Kassen, gestellt, und es liegt damit auch in der Verantwortung der Selbstverwaltung, finanzielle, organisatorische und fachliche Fragen zu klären.

(Abg. Frau Arnold-Cramer [SPD]: Danke sehr!)

Präsident Weber: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die zweite Anfrage steht unter dem Betreff „**Conver-Gelände**“. Die Anfrage ist unterzeichnet von den Abgeordneten Frau Wangenheim, Frau Kummer, Dr. Sieling, Böhrnsen und Fraktion der SPD.

Ich bitte die Fragestellerin, die Anfrage vorzutragen!

Abg. Frau **Wangenheim** (SPD): Wir fragen den Senat:

Erstens: Was plant der Senat mit dem Conver-Gelände an der Ladestraße?

Zweitens: Wie wird die Idee im Stadtteilentwicklungskonzept Woltmershausen, hier Wohnungsbau vorzunehmen, umgesetzt?

Drittens: Wie werden Investoren für Wohnungsbau geworben und unterstützt?

Präsident Weber: Die Anfrage wird beantwortet von Herrn Senator Eckhoff.

Senator Eckhoff: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage eins: Das Grundstück ist bisher per Erbbauvertrag an die Firma Conver/McGregor verpachtet, die allerdings schon vor längerer Zeit ihren Standort ins Güterverkehrszentrum verlegt hat; seitdem liegt die Fläche brach. Da der Erbbauvertrag in Kürze aufgelöst werden soll, wurden durch die Firma vertragsgemäß bereits die Hochbauten beseitigt. Nach Vorliegen der weiteren Voraussetzungen, hier insbesondere die Schaffung von neuem Planungsrecht, soll die Fläche einer Neunutzung zugeführt werden. Angestrebt wird Wohnungsbau, gegebenenfalls mit einem Anteil

an Altenwohnungen. Im Bauleitplanverfahren werden insbesondere Fragen zur städtebaulichen Ausformung des Geländes, zum Hochwasserschutz sowie zum Umgang mit angrenzenden gewerblichen und industriellen Nutzungen beantwortet werden.

Das Gelände ist als ehemaliges Tanklager erheblich mit Ölrückständen kontaminiert. Vor einer Weiterführung des Bauleitplanverfahrens muss die Verursacherfrage und damit die Kostenfrage geklärt werden. Beim OVG Bremen ist derzeit diesbezüglich ein Verfahren anhängig.

Zu Frage zwei: Das Stadtteilkonzept Woltmershausen verfolgt unter anderem das Ziel, die Verknüpfung des Stadtteilzentrums mit der Weser zu verbessern und das Weserufer in Woltmershausen insgesamt zugänglicher zu machen und attraktiver zu gestalten. Die Entwicklung von Wohnungsbau in diesem Bereich ist ein Baustein eines weitergehenden Maßnahmenpaketes zur Aufwertung des Weserufers. Bereits 2005 wird der östliche Teil des unmittelbar an das Convergelande angrenzenden Weseruferparks neu gestaltet. Darüber hinaus werden mehrere Zugänge vom Stadtteilzentrum an die Weser umgebaut. Die genannten Maßnahmen sind Teil des Aktionsprogramms 2010 zur Innenstadt- und Stadtteilentwicklung in Bremen und werden im Wesentlichen hierüber finanziert. Durch die Aufwertung des Umfeldes und die verbesserte Zugänglichkeit werden attraktive Rahmenbedingungen für Wohnungsbau an diesem Standort geschaffen, so dass günstige Voraussetzungen für die Vermarktung der Fläche gegeben sind.

Zu Frage drei: Das Grundstück soll nach abschließender Klärung der Rahmenbedingungen öffentlich durch die Gesellschaft für Bremer Immobilien ausgeschrieben werden. Die Bewerbung des Grundstücks erfolgt in üblicher Form über die Zeitung, das Internet sowie gegebenenfalls über ein Exposé. Sollten sich im weiteren Klärungsprozess über die konkrete zukünftige Nutzung der städtischen Fläche spezifische Anforderungen ergeben - etwa besondere Wohnformen wie altersgerechtes Wohnen -, wird dies in die Ausschreibung einfließen.

Präsident Weber: Frau Kollegin, haben Sie eine Zusatzfrage?

(Abg. Frau Wangenheim [SPD]: Ja, gern!)

Bitte!

Abg. Frau **Wangenheim** (SPD): Ist Ihnen bekannt, dass es ein Angebot eines Investors gibt,

der auch in Vorleistung gehen will, um die Kontamination zu beseitigen?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Eckhoff: Ich weiß, dass es einen konkreten Investor gibt, der allerdings natürlich auch seine Interessen abwägt und Angebote macht. Allerdings löst Vorleistung das endgültige Problem der Kosten der Kontaminationsbeseitigung nicht, und dazu muss erst einmal festgestellt werden, wer Verursacher ist. Mir ist dieser Investor bekannt. Gehen Sie davon aus, dass auch unser Haus bereits diverse Gespräche mit dem Investor geführt hat, obwohl die GBI nicht bei uns im Hause ressortiert!

Präsident Weber: Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Wangenheim** (SPD): Ist Ihnen bekannt, dass das Wirtschaftsressort dem Investor geschrieben hat, dieses Angebot wird nicht aufgegriffen?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Eckhoff: Da ich nicht jeden Brief kenne, der aus dem Hause des Wirtschaftsressorts hinausgeht, ist mir der Brief so nicht bekannt. Es würde mich allerdings wundern, weil das Wirtschaftsressort, wenn ich das einmal so sagen darf, auch nicht für die GBI zuständig ist und die GBI für die Vermarktung dieser Flächen die Verantwortung trägt und normalerweise das dann hätte an die GBI weitergeleitet werden müssen.

Präsident Weber: Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Wangenheim** (SPD): Ist Ihnen bekannt, dass dieser Träger, der im Stadtteil schon eine Einrichtung hat, 100 Anfragen für Seniorenwohnungen hat, davon ein Drittel aus Niedersachsen und anderen Bundesländern?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Eckhoff: Da ich bei dem Träger nicht zuständig bin für die Vermarktung von altengerechten Wohnungen, ist mir die Zahl konkret nicht bekannt. Dass es ein erhebliches Interesse gibt, auch an dem Standort weitere Wohnungen zu errichten, ist mir bekannt. Das zeigt auch das in der Nähe befindliche Stiftungsdorf, wie es, glaube ich, heißt, das sich doch einer großen Popularität erfreut.

Präsident Weber: Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Wangenheim** (SPD): Wie können wir an der Stelle weiter vorankommen?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Eckhoff: Indem wir insgesamt mit Hochdruck versuchen, insbesondere das Verursacherprinzip schleunigst zu klären, und dann, nachdem das Verursacherprinzip geklärt ist und ich davon ausgehe, dass ein Teil der Schäden sich nicht mehr genau rekonstruieren lässt, zumindest schauen, ob wir dann die Mittel für die Altlastenbeseitigung auf städtischer Seite entweder selbst bezahlen, oder dann, wenn dies genau eingegrenzt ist, ein Agreement mit einem Investor finden können, damit wir unter diesen Voraussetzungen dort möglichst schnell ein Stück weiter kommen. Sie laufen bei uns offene Türen ein, Frau Wangenheim!

(Abg. Frau Wangenheim [SPD]: Das freut mich!)

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage?

(Abg. Frau Wangenheim [SPD]: Nein!)

Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die dritte Anfrage beschäftigt sich mit dem Thema „**Medienzentrum Bremen**“. Die Anfrage ist unterzeichnet von den Abgeordneten Frau Busch, Liess, Böhrnsen und Fraktion der SPD.

Ich bitte die Fragestellerin, die Anfrage vorzutragen!

Abg. Frau **Busch** (SPD): Wir fragen den Senat:

Erstens: Zu welchem Ergebnis ist der Senat hinsichtlich des von ihm zu entwickelnden Flächenkatasters für das Stephaniviertel und angrenzende Gebiete gekommen?

Zweitens: Liegt dem Senat ein Konzept für ein Medienzentrum im Stephaniquartier vor, und wird an der Entwicklung zweier Quartiere südlich und nördlich der Faulenstraße festgehalten?

Drittens: Welche Überlegungen stellt der Senat in diesem Zusammenhang zur Nutzung des Bamberger-Hauses an?

Präsident Weber: Die Anfrage wird beantwortet von Herrn Senator Lemke.

Senator Lemke: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage eins: Das Stephaniviertel verfügt über einen Büroflächenbestand - ohne die Flächen der

Sparkasse, der AOK und der Telekom - von rund 50.000 Quadratmetern. 20 Prozent davon sind Neubauten. Der Altbestand macht 80 Prozent aus. Zudem sind Baulücken vorhanden für mehr als 20.000 Quadratmeter Büroflächen.

Zu Frage zwei: Die Ressorts Bau und Wirtschaft haben gemeinsam ein Leitbild für ein „Medienquartier Stephaniviertel“ erarbeitet, das in Kürze veröffentlicht werden soll. Diesem Konzept zufolge ist das gesamte Stadtviertel unter dieses Leitbild zu stellen.

Das Schlüsselprojekt für die Entwicklung ist das Medienzentrum mit der Landesrundfunkanstalt als Kern. Die Landesrundfunkanstalt wird sich in den Gebäuden entlang der Straße Diepenau bis zur Schlachte konzentrieren.

Die Ausschreibung für das so genannte Bamberger-Haus gilt ebenfalls Medien- und medienaffinen Unternehmen, so dass als zentrale Entwicklungssachse der Straßenzug Diepenau, Doventor, bis zum Wall Leitlinie ist.

Zu Frage drei: Die Ausschreibung für den Verkauf der städtischen Immobilie Bamberger-Haus vom November 2004 berücksichtigt die Beschlussfassung der Deputation für Bau und Verkehr am 16. September 2004. Sie fordert dementsprechend ein Sanierungskonzept, das auf den Erhalt und eine möglichst weitgehende Wiederherstellung des Erscheinungsbildes des Jahres 1930/31 ausgerichtet ist. Es soll ausschreibungsgemäß Medienunternehmen zu günstigen Mietpreisen Büroraum angeboten werden. Frühere Überlegungen bezüglich eines Gründerzentrums oder einer Flächenanmietung durch Radio Bremen sind nicht in die Ausschreibung eingegangen und daher für dieses Gebäude nicht mehr verbindlich.

Sechs Interessenten haben die Unterlagen angefordert. Es ist jedoch nur ein Gebot eingegangen. Dieses Gebot wird derzeit geprüft. Das Prüfergebnis wird den zuständigen politischen Gremien zur Beschlussfassung vorgelegt werden. - Soweit die Antwort des Senats!

Präsident Weber: Frau Kollegin, Sie haben sicher eine Zusatzfrage!

(Abg. Frau Busch [SPD]: Selbstverständlich!)

Bitte!

Abg. Frau **Busch** (SPD): Ich wundere mich nur über die Aufteilung im Senat, aber ich werde Ihnen, Herr Senator Lemke, die Fragen jetzt gern stellen. Ich weiß nicht, ob Ihnen die Gutachten bekannt sind, die seinerzeit zur Entwicklung des

Medienquartiers erstellt worden sind. Ich frage dennoch: Wird an der Entwicklung eines Gründerzentrums festgehalten, obwohl es, wie Sie gesagt haben, 20.000 Quadratmeter Bürofläche im Faulenquartier gibt? Wird an der Entwicklung, die damals aufgestellt worden ist, festgehalten?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Lemke: Ich würde der guten Ordnung halber vorschlagen, da ich Ihnen diese Frage jetzt nicht mündlich beantworten kann, diese Frage in der Deputation zu beantworten. Ich frage aber den Präsidenten: Ist es schon einmal vorgekommen, dass man eine Frage durch Verlesen beantwortet und der zuständige Kollege dann während der Verlesung hereinkommt und dann die mündlichen Fragen, die er sicherlich beantworten kann, die ich jedoch nicht beantworten kann, beantwortet? Kann man da jetzt arbeitsteilend arbeiten? Das weiß ich nicht, da bitte ich den Präsidenten um eine Antwort!

Präsident Weber: Vorgekommen ist es noch nicht, aber wir sind da flexibel. Sie können sich wieder setzen, Herr Senator!

(Heiterkeit)

Ich bitte Herrn Bürgermeister Dr. Gloystein um die Beantwortung der Zusatzfrage.

Bürgermeister Dr. Gloystein: Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich entschuldige mich sehr nachhaltig für die Verspätung. Das ist ungehörig, das tut man nicht! Ich bin bei einer Akkumulation von Terminen aufgehalten worden, ich war gerade eben noch bei einer Pressekonferenz. Ich danke meinem Kollegen, dass er das so heldenhaft gemacht hat,

(Beifall)

und ich bedauere das sehr.

Die Frage nach den Gründerzentren wird nicht mehr verfolgt. Es werden andere Varianten geprüft.

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr, Frau Busch!

Abg. Frau **Busch** (SPD): Sie haben von einem Leitbild gesprochen, das zwischen den Ressorts Wirtschaft und Bau entwickelt wird. Was habe ich mir darunter vorzustellen?

Präsident Weber: Bitte, Herr Bürgermeister!

Bürgermeister Dr. Gloystein: Darunter haben Sie sich eine Rahmenplanung für ein Viertel vorzustellen, das problembehaftet ist und wo wir, ausgehend von der Ansiedlung der Landesrundfunkanstalt, ein neues Medienzentrum entwickeln wollen. Dieses Medienzentrum wird natürlich von den Mitarbeitern von Radio Bremen geprägt. Andere Medienunternehmen haben Interesse bekundet, und es sind auch Pläne da. Das Bamberger-Haus wollen wir - und die Perspektiven sind auch gar nicht schlecht - in dieses Konzept einbeziehen.

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Busch** (SPD): Nun haben Sie in Ihrer Beantwortung geschickt umgangen, dass ja Interesse besteht, die Volkshochschule in das Bamberger-Haus einziehen zu lassen. Könnten dadurch Pläne, dort ein Medienzentrum zu entwickeln, gefährdet sein?

Präsident Weber: Bitte, Herr Bürgermeister!

Bürgermeister Dr. Gloystein: Nein! Ich will das einmal so ausdrücken: Die Volkshochschule wäre ja nicht unbedingt ein Widerspruch zu einem solchen Konzept.

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Busch** (SPD): Können Sie sich vorstellen, dass das Angebot der Volkshochschule das ausfüllt, was wir nun in jahrelanger Arbeit und Diskussion und Erarbeitung mit den Gutachtern festgestellt haben, was zweckmäßig ist, ein Medienzentrum zu füllen? Ich erinnere daran: Es ist ja wie ein Überraschungsei gewesen, was wir geplant haben. Wir wollten drei Dinge mit einer Maßnahme erfüllen: Wir wollten Radio Bremen den Umzug sichern, Mittel einsparen, wir wollten ein städtebauliches Konzept im Faulenquartier beziehungsweise im Stephaniquartier - das hört sich besser an -, und wir wollten das Medienzentrum zusammen mit Gründern und mit Unternehmern der Medienbranche in dieser Stadt und in diesem Land. Was ist damit?

Präsident Weber: Bitte, Herr Bürgermeister!

Bürgermeister Dr. Gloystein: Man muss ja - Herr Lemke hat das dankenswerterweise ja eben vorgelesen - die Quadratmeterzahlen wissen, um die es geht. Wir haben einige Ankerelemente dieses Medienviertels schon da, aber immer noch so viel Platz, dass für weitere Medienangebote dort jede Menge Platz ist. Wenn dann Komplementärangebote wie zum Beispiel die Volkshochschule

dort hineinkommen, die nicht total gegenläufig ist - wir setzen ja keine Handwerksbetriebe, keine verarbeitende Industrie oder Einzelhandel dort hin -, dann würde ich das für sehr vertretbar halten, zumal ja auch ein weiterer Aspekt erreicht würde, dass nämlich ein altes Haus mit städtebaulichen Qualitäten eine sinnvolle Funktion bekommt. Dadurch würden ja nicht Medienangebote verdrängt.

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Busch** (SPD): In der Vergangenheit hat es einen Auftrag für einen Beauftragten gegeben, der sich darum kümmern sollte, Akquisition für ein Medienzentrum zu betreiben. So etwas wächst ja nicht von allein. Es muss Konzepte geben, die dazu führen, dass sich Unternehmen ansiedeln, die dann gemeinsam mit Radio Bremen auch arbeiten wollen. Es geht ja nicht um einen bloßen Umzug des Senders, sondern es geht ja darum, sich gegenseitig zu ergänzen und zu beflügeln. Hat es dort Ergebnisse gegeben?

Präsident Weber: Bitte, Herr Bürgermeister!

Bürgermeister Dr. Gloystein: Die BIG ist hier in sehr nachhaltigen Gesprächen, und es hat auch Ergebnisse gegeben. Die Einzelheiten kann ich Ihnen aber jetzt nicht nennen, die können in der Deputation nachgereicht werden.

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Busch** (SPD): Eine letzte Frage noch: Beabsichtigen Sie weiterhin, ein richtiges Konzept für ein zu entwickelndes Medienzentrum erstellen zu lassen?

Präsident Weber: Bitte, Herr Bürgermeister!

Bürgermeister Dr. Gloystein: Ja, wir sind mit Bau zusammen im Gespräch, dies im Detail auszuarbeiten.

Präsident Weber: Zu einer weiteren Zusatzfrage hat das Wort die Abgeordnete Frau Reichert.

Abg. Frau **Reichert** (SPD): Herr Bürgermeister Gloystein, sind Sie guter Hoffnung, dass die zur Verfügung gestellten, eigentlich öffentlichen Mittel, bei dem, was dort geplant ist, zukünftig ausreichen werden, oder denkt man darüber nach, eventuell weitere Zuschüsse dafür zur Verfügung zu stellen?

Präsident Weber: Bitte, Herr Bürgermeister!

Bürgermeister Dr. Gloystein: Ich bin guter Hoffnung, dass mindestens in dem letzten Diskussionsstand ein kleines Wunder passiert ist, dass die Anforderungen an die Mittel geringer und nicht höher geworden sind. Insofern läuft die Diskussion in die richtige Richtung.

Präsident Weber: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die vierte Anfrage verlangt vom Senat Auskunft über den **Ausfall von Unterrichtsstunden durch die Personalversammlung am 1. März 2005**. Die Anfrage trägt die Unterschriften der Abgeordneten Rohmeyer, Kastendiek und Fraktion der CDU.

Bitte, Herr Kollege Rohmeyer!

Abg. **Rohmeyer** (CDU): Wir fragen den Senat:

Wie viele Unterrichtsstunden sind durch die Personalversammlung am Vormittag des 1. März 2005 ersatzlos ausgefallen, und wie viele mussten vertreten werden?

Wie viele Schülerinnen und Schüler waren davon betroffen?

Welche Position bezieht der Senat in der Frage, ob Personalversammlungen von Lehrerinnen und Lehrern während der Unterrichtszeit stattfinden sollen, und welche Möglichkeit sieht er, dass derartige Versammlungen vorrangig in der unterrichtsfreien Zeit stattfinden?

Präsident Weber: Die Anfrage wird beantwortet von Herrn Senator Lemke.

Senator Lemke: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage eins und zwei: Der Senator für Bildung und Wissenschaft erhebt laufend die Daten zum Unterrichtsausfall in den Schulen und stellt monatliche Übersichten zusammen. Die Daten für den Monat März werden Anfang Mai zur Verfügung stehen. Erst dann wird es möglich sein, Unterrichtsausfall und Vertretungen infolge der Personalversammlung vom 1. März 2005 zu quantifizieren.

Der Senator für Bildung und Wissenschaft wird die Deputation für Bildung bei Vorliegen der Zahlen im Sinne dieser Anfrage informieren. Dem Senat ist aber aufgrund der Erfahrungen aus vorausgehenden vormittäglichen Personalversammlungen bekannt, dass die bremischen Schulleitungen

den Unterrichtsausfall an solchen Tagen äußerst niedrig halten, in der Verlässlichen Grundschule musste bislang auch an Tagen mit Personalversammlungen kein Kind die Schule vorzeitig verlassen.

Zu Frage drei: Der Senat ist der Auffassung, dass dem Recht, Personalversammlungen während der Arbeitszeit durchzuführen, im Schulbereich auch dadurch Rechnung getragen ist, wenn Personalversammlungen der Lehrkräfte am Nachmittag stattfinden. Als Ergebnis eines Rechtsstreits Mitte der achtziger Jahre wird es vom Senator für Bildung und Wissenschaft jedoch geduldet, dass jeweils eine Personalversammlung im Schuljahr vormittags und eine nachmittags stattfindet.

Der Senator für Bildung und Wissenschaft hat inzwischen mehrfach an die Personalvertretung der Lehrkräfte appelliert, im Interesse der Schülerinnen und Schüler auf Personalversammlungen während der Unterrichtszeit zu verzichten. - Soweit die Antwort des Senats!

Präsident Weber: Herr Kollege, haben Sie eine Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Rohmeyer** (CDU): Herr Senator, Sie sprachen zum Schluss vom Appell Ihres Hauses oder Ihrer Person selbst an die Personalvertretung. Hat es eine Reaktion auf Ihre Appelle gegeben?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Lemke: Nein, man geht weiterhin von einem Kompromiss aus, der 1984 entstanden ist. In einer gerichtlichen Auseinandersetzung hat man sich damals außergerichtlich geeinigt, im Jahr eine Personalversammlung vormittags und eine nachmittags zu machen, und dass man diesen Konflikt nicht noch einmal vor Gericht durchstreiten will. Ich habe immer wieder, wie ich es gesagt habe, mehrfach die Personalvertretung gebeten, im Interesse des Unterrichts der Kinder diese Personalversammlung am Nachmittag zu machen, aber wie Sie wissen, sind die Nachmittagsveranstaltungen nicht so gut besucht wie die Vormittagsveranstaltungen, und deshalb findet mein Vorschlag, das grundsätzlich nachmittags zu machen, keinen Anklang. Im Augenblick beabsichtige ich nicht, deshalb noch einmal die Gerichte damit zu befassen.

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Rohmeyer** (CDU): Herr Senator, Sie haben es selbst angesprochen: Im Rahmen der Medienberichterstattung über diese Personalversammlung vom 1. März 2005 wurde darauf hingewie-

sen, dass die einmal im Jahr stattfindende nachmittägliche Personalversammlung deutlich geringer besucht wird als die einmal im Jahr stattfindende vormittägliche Personalversammlung. Haben Sie dafür eine Erklärung, warum die nachmittägliche Veranstaltung deutlich schlechter als die vormittägliche besucht wird?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Lemke: Darüber liegen keine wissenschaftlich belegbaren Erkenntnisse vor, Herr Abgeordneter Rohmeyer.

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte, Herr Rohmeyer!

Abg. **Rohmeyer** (CDU): Herr Senator, sehen Sie die Möglichkeit, per Verordnung zu regeln, dass im Rahmen von Präsenztagen die Personalversammlung in der unterrichtsfreien Zeit stattzufinden hat? In meinen Augen ist es nicht zu vertreten, dass dafür Unterricht ausfällt beziehungsweise Vertretung organisiert werden muss, die ja bedeutet, dass nicht der vorgesehene Unterricht, sondern im Prinzip nur ein Vertretungsunterricht erfolgt. Sehen Sie da Möglichkeiten?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Lemke: Wenn wir diese Frage nicht unter der Maßgabe sehen, dass uns allen besonders am Herzen liegt, die Lernleistungen der Schülerinnen und Schüler zu verbessern, sondern wir auch den Lehrer als Arbeitnehmer sehen, der selbstverständlich das Recht hat, auch im Rahmen seiner Arbeitszeit eine Personalversammlung durchzuführen, ähnlich ist es übrigens bei Unternehmen wie Karstadt, die auch einmal im Jahr oder wie auch immer die Tore ihres Hauses schließen, um eine Personalversammlung durchzuführen, dann ist das absolut kontraproduktiv für die Geschäfte des Hauses.

Es ist hier ein ähnlicher Fall. Zu der Lehrerarbeitszeit gehört nicht nur die reine Unterrichtszeit, sondern selbstverständlich auch die Vorbereitung, die Nachbereitung und Fortbildungsveranstaltungen. Das hat man insgesamt zu sehen, und ich glaube, dass der Kompromiss, der damals geschlossen worden ist, übrigens unter der Federführung von Staatsrat Reinhard Hoffmann, vielleicht nicht ganz so verkehrt ist. Dass uns das ärgert und dass ich das nicht zielführend, sondern kontraproduktiv finde, habe ich Ihnen gesagt.

Wenn Sie wünschen, dass wir das noch einmal überprüfen, würde ich vorschlagen, dass wir das in der Deputation noch einmal aufrufen und dann gegebenenfalls mich beziehungsweise das Haus

beauftragen, Ihren Vorschlag noch einmal zu überprüfen, aber grundsätzlich ist meine Position so, wie ich sie eben dargelegt habe.

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Rohmeyer** (CDU): Vielleicht vielmehr eine abschließende Bemerkung, Herr Senator! Ich würde erstens darum bitten, dass dies so gemacht wird, weil ich zweitens der Auffassung bin - und da bin ich mit Ihnen, glaube ich, sehr einig -, dass jede Stunde Unterrichtsausfall zu vermeiden ist und dass die Arbeitszeit eines Lehrers nicht nur die Unterrichtszeit ist.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Weber: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die fünfte Anfrage in der Fragestunde trägt den Titel „**Interesse von Langzeitarbeitslosen und insbesondere von Frauen in der Bagis ausreichend vertreten?**“. Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Frau Schön, Schmidtman, Frau Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Bitte, Frau Kollegin Schön!

Abg. Frau **Schön** (Bündnis 90/Die Grünen): Wir fragen den Senat:

Erstens: Wie stellt der Senat sicher, dass die Bagis in ihrer Arbeit die Chancengleichheit von Frauen am Arbeitsmarkt zumindest in dem vom Gesetz geforderten Umfang herstellt, und welche strukturellen Entscheidungen hat er hierzu getroffen?

Zweitens: Warum ist im Beirat der Bagis, der die Geschäftsführung bei der Erbringung von Leistungen zur Eingliederung in Arbeit berät und unterstützt, keine Institution vertreten, die explizit die Interessen der Langzeitarbeitslosen vertritt und ihre Problemlagen und Schwierigkeiten besonders gut kennt, zum Beispiel Arbeitslosenberatungsstellen, -vereine, -initiativen?

Präsident Weber: Die Anfrage wird beantwortet von Frau Senatorin Röpke.

Senatorin Röpke: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu eins: Zur Gestaltung des Eingliederungsbudgets der Bremer Arbeitsgemeinschaft für Integra-

tion und Soziales, Bagis, haben die Agentur für Arbeit in Bremen und der Senator für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales erste Vorschläge für ein Arbeitsmarktprogramm 2005 verabredet, das den Aufgaben und Zielen des SGB II verpflichtet ist. Differenziert nach den Handlungsfeldern Ausbildungs-, Qualifizierungs-, Beschäftigungs- und Beratungsförderung sind konkrete Förderbedarfe qualifiziert beschrieben und quantifiziert. Dieses Programm schöpft das Eingliederungsbudget zu etwa 80 Prozent aus, um Handlungsspielräume für notwendige Anpassungen und Schwerpunktsetzungen in 2005 zu behalten. Für alle Planungen gilt, dass die Gleichstellung von Frauen und Männern als durchgängiges Förderprinzip zu verfolgen ist.

Zu zwei: Nach dem Gründungs- und Errichtungsvertrag der Bagis benennt die Trägerversammlung die arbeitsmarkt- und sozialpolitischen Organisationen und Einrichtungen, die Vertreter in den Beirat entsenden. Bei ihrer Entscheidung hat die Trägerversammlung auf ein hohes Maß an lokaler Repräsentativität der arbeitsmarktpolitischen Akteure Wert gelegt. - Soweit die Antwort des Senats!

Präsident Weber: Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Schön** (Bündnis 90/Die Grünen): Sie haben gesagt, entsprechend dem Gesetz wird die Chancengleichheit berücksichtigt. Welche Auswirkungen hat das denn auf das Budget der Bagis? Heißt das, dass auch das Budget so aufgeteilt wird, dass es entsprechend Frauen mit ihrer Arbeitslosigkeit von 42 Prozent dort zugute kommt?

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Röpke: Das wäre ein ganz neues Kriterium, dass wir es sozusagen nach Frauen- und Männerquote betrachten. Ich glaube, es ist differenzierter zu sehen. Sie wissen ja selbst aus unseren Diskussionen in der Arbeitsdeputation, dass man es nicht so einfach über einen Kamm scheren kann. Wir haben Programme, bei denen der Frauenanteil sehr hoch ist, bei denen wir uns wünschen würden, dass der Männeranteil höher wäre, wenn ich zum Beispiel an die Altenpflege denke. Wir haben Programme, in denen es um gewerbliche Berufe geht, wo es genau umgekehrt ist.

Ich denke, man muss es insgesamt sehr differenziert anschauen und versuchen, mit der Gestaltung der Programme dieses Ziel, das wir teilen, dass Frauen und Männer die gleichen Chancen haben, dann auch bei der jeweiligen Programmgestaltung zu beachten und durchgängig, was wir ja bei allen Programmen machen, auch einzufor-

dem, dass dieser Aspekt der Chancengleichheit ein sehr wichtiger, zentraler Aspekt ist und es dann natürlich auch zu kontrollieren.

Präsident Weber: Eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Schön** (Bündnis 90/Die Grünen): Wenn Sie schon die Landesprogramme ansprechen: Da ist ja gerade deutlich, dass man sagen kann, die teuren Maßnahmen sind eher für die Männer, und die billigen Maßnahmen und Kurzzeitmaßnahmen sind eher für die Frauen. Ist das die Definition von Chancengleichheit, die ich mir jetzt für die Bagis dabei vorstellen soll?

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Röpke: Ich weiß jetzt nicht, wie Sie auf diese Interpretation kommen.

(Abg. Frau Schön [Bündnis 90/Die Grünen]: Durch Ihre Vorlagen aus der Deputation!)

Das kann ich überhaupt nicht nachvollziehen, wie Sie auf diese Auswertung kommen! Darüber müssen wir uns vielleicht noch einmal gesondert in der Deputation unterhalten. Es gibt hier keine teuren Programme für Männer und keine billigen Programme für Frauen, darauf lege ich großen Wert, sondern wir haben das gemeinsame Ziel, dass wir Frauen verstärkt unterstützen. Dass wir, wenn es um Chancengleichheit geht, auf dem Arbeitsmarkt noch einen großen Nachholbedarf haben, wie in allen gesellschaftlichen Bereichen, darüber sind wir uns einig.

Präsident Weber: Eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Schön** (Bündnis 90/Die Grünen): Die Trägerversammlung der Bagis setzt sich aus drei Personen der Stadt - drei Staatsräten - und drei Personen aus dem Arbeitsamt zusammen. Dabei sind keine Frauen vertreten. Es sitzen nur Männer darin. Halten Sie das unter Chancengleichheitsgesichtspunkten für angemessen?

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Röpke: Da kann ich auch nur als Frau antworten: Das ist unter Genderaspekten nicht so gelungen!

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Schön** (Bündnis 90/Die Grünen): Sie teilen dann also nicht die Aussage Ihres Staatsrates, der sagt, er wäre ja auch Frauenstaatsrat,

und damit seien die Interessen der Frauen in der Bagis ausreichend vertreten?

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Röpke: Doch, das teile ich, weil ich weiß, dass der Staatsrat auch die Frauenfunktion, die senatorische Frauenfunktion mit großer Überzeugung wahrnimmt. Ehrlicherweise müssen wir feststellen - das ist den Funktionen geschuldet, das wissen Sie auch, warum diese Zusammensetzung so ist, wie sie ist -, dass hier der Genderaspekt leider überhaupt nicht vorkommt.

Präsident Weber: Eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Schön** (Bündnis 90/Die Grünen): Kommen wir noch einmal kurz zum Beirat! Darin sitzen sechs Personen von unterschiedlichen Organisationen, vier Männer, zwei Frauen. Warum wurde bei der Auswahl des Beirats nicht darauf geachtet, dass da Frauenorganisationen vertreten sind wie zum Beispiel die ZGF oder die Beauftragte für Chancengleichheit der BA? In anderen Städten wurde es ja so gemacht, zum Beispiel in Essen, die jetzt gerade mit als Kulturhauptstadt nominiert wurde.

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Röpke: Ich glaube nicht, dass es daran gelegen hat, dass wir nicht Kulturhauptstadt geworden sind.

(Abg. Frau Schön [Bündnis 90/Die Grünen]: Das glauben wir auch nicht!)

Das wäre noch eine neue Erklärung!

Wir haben es im Vorfeld allerdings diskutiert. Die ZGF ist, wie viele andere, an uns herangetreten, um die Frage mit uns zu diskutieren: Ist es eine Möglichkeit, in diesen Beirat zu gehen und die Interessen zu vertreten? Es ist eine schwierige Kriterienfindung gewesen. Ich glaube aber, dass wir schon mit den freien Wohlfahrtsverbänden, mit dem Deutschen Gewerkschaftsbund, mit den Einzelgewerkschaften auch massive Vertreter von Interessen sowohl der Frauen als auch der Gruppe der Arbeitslosen - darauf zielten Sie bei der Fragestellung ab - mit in diesem Beirat haben, die es da auch deutlich artikulieren.

Wenn Sie schon die Frauen ansprechen: Frau Ziegert ist ja auch dafür bekannt, dass sie die Genderaspekte auch in der Arbeitsdeputation immer wieder einfordert, und so wird sie es auch im Beirat machen.

Präsident Weber: Eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Schön** (Bündnis 90/Die Grünen): Sie sehen also, was den Beirat und die Trägerversammlung angeht, keinen Nachbesserungsbedarf, dass die Fraueninteressen da ähnlich wie in Ruhrgebietsstädten angemessen vertreten werden? Sie halten die jetzige Situation für angemessen?

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Röpke: Ich kann mit dieser Besetzung des Beirats gut leben, da ich mir sicher bin, dass alle wichtigen arbeitsmarktpolitischen Akteure, alle Multiplikatoren vertreten sind und dass wir in diesem Beirat ein gutes Spektrum abbilden und alle Interessen, sowohl der Arbeitgeberseite als auch der Arbeitnehmerseite, der Gewerkschaftsseite, als auch der Menschen, die soziale Unterstützung brauchen, einbringen können.

Präsident Weber: Eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Schön** (Bündnis 90/Die Grünen): Ich habe noch eine weitere Zusatzfrage: Frau Senatorin, teilen Sie die Auffassung, dass Frauen von Hartz IV in besonderer Weise betroffen sind und, was jetzt ja auch die neue Zählweise seit dem 1. Januar 2005 zeigt, dass danach auch gerade die Frauenarbeitslosigkeit besonders auch in Bremen angestiegen ist?

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Röpke: Ja, das teile ich! Das ist eine Einschätzung, die sicherlich zutreffend ist, dass von Hartz IV gerade auch Frauen betroffen sind, wenn es zum Beispiel um die Anrechnung von Partnereinkommen geht. Es gibt aber eben auch Aspekte, die eher positiv sind, wo Hartz IV zum Beispiel alleinstehende Frauen durch den Anspruch auf eine Betreuungsmöglichkeit für Kinder eher unterstützt. Das sind Aspekte, die man aus den unterschiedlichen Sichtweisen betrachten muss. Frauen haben es aber nach wie vor, auch unter Hartz IV, besonders schwer.

Präsident Weber: Eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Schön** (Bündnis 90/Die Grünen): Auch vor dem Hintergrund Ihrer Ausführungen jetzt: Sind Sie weiterhin der Meinung, dass es keinen Nachbesserungsbedarf gibt, Frauen in dieser Organisation strukturell besser zu verankern?

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Röpke: Wenn wir jetzt über den Beirat reden, dann bleibe ich bei meiner Aussage. Ich möchte aber doch noch einmal auf das Eingliederungsbudget zurückkommen. Da haben wir ein Eingliederungsbudget, das aus meiner Sicht richtig tolle Chancen für Bremen bietet. Es sind immerhin 79,6 Millionen Euro, die wir hier gestaltend einsetzen können. Da sehe ich gute Chancen, dass wir gerade auch die Zielgruppe der Frauen hier berücksichtigen können. Damit können wir wirklich etwas tun, und darauf würde ich jetzt den Fokus legen.

Präsident Weber: Eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Schön** (Bündnis 90/Die Grünen): Wann wird denn das Ressort der Deputation beziehungsweise dem Deputationsausschuss endlich dazu einen Haushaltsplan vorlegen, damit wir überhaupt bewerten können, wie das Budget ausgegeben wird?

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Röpke: Das werden wir Ihnen vorlegen, sobald neue Vorschläge in Maßnahmen explizit aufgeschlüsselt sind, und selbstverständlich, das haben wir Ihnen ja zugesagt, wird es die Deputation erreichen. Sobald neue Vorschläge vorliegen, bekommen Sie es.

Präsident Weber: Eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Schön** (Bündnis 90/Die Grünen): Eine endgültig letzte Frage: Wird man aus diesem Budget denn ersehen können, wie es Frauen und Männern dann zugute kommt?

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Röpke: Wir machen doch alle unsere Vorlagen unter Genderaspekten. Auch da wird der Grundsatz der gleichmäßigen Anforderung an Chancengleichheit für Frauen und Männer beachtet werden.

(Abg. Frau Schön [Bündnis 90/Die Grünen]: Danke schön!)

Präsident Weber: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Damit ist der erste Punkt der Tagesordnung erledigt.

Aktuelle Stunde

Für die Aktuelle Stunde ist von den Abgeordneten Frau Krusche, Frau Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen folgendes Thema frist- und formgerecht eingebracht worden:

Aus als europäische Kulturhauptstadt - Bremen muss Kulturstadt bleiben!

Dazu als Vertreter des Senats Bürgermeister Dr. Gloystein.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Beratung ist eröffnet.

Als erste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Krusche.

Abg. Frau **Krusche** (Bündnis 90/Die Grünen)*): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Am Donnerstagabend, dem 10. März, kam das Aus für Bremen als europäische Kulturhauptstadt. Essen und Görlitz sind nominiert, und wir möchten diesen beiden Städten - wir sind keine schlechten Verlierer - an dieser Stelle gratulieren!

(Beifall)

Dennoch war es eine riesengroße Enttäuschung, eine Enttäuschung für alle Bremerinnen und Bremer, die in der Kulturhauptstadtbewerbung ein großes Zukunftsprojekt gesehen haben, eine Enttäuschung für die vielen Kulturschaffenden, die gerade durch den Projektfonds neuen Schwung durch neue Projekte in die Kulturszene gebracht haben und noch weiter bringen wollten, und es war zuletzt eine bittere Enttäuschung für Martin Heller und sein Kulturhauptstadtbüro. Sie haben eine hervorragende Bewerbung auf den Weg gebracht.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

Wir Grünen möchten uns an dieser Stelle ausdrücklich bei Martin Heller und seinem Kulturhauptstadtbüro für seine zweijährige Arbeit bedanken, und wir wünschen ihnen für ihre weitere Arbeit viel Erfolg!

(Beifall)

Wir haben diese Aktuelle Stunde auch deshalb heute beantragt, da wir glauben, dass es wichtig ist, diese Bewerbung noch einmal ausdrücklich zu

würdigen, denn sie hat Bremen ein Stück lebendiger gemacht und Zukunftschancen für diese Stadt eröffnet. Wir tun es auch deshalb, weil wir möchten, dass es nicht hierbei stehen bleibt, sondern dass es weitergeht.

Wir Grünen wollen, dass die Bewerbungsschrift „Was Bremen ist, was Bremen will“ nun nicht einfach in die Ecke gestellt wird, sondern dass sie weiterhin, und wir sagen, jetzt erst recht als Humus dient für eine europäische Kulturstadt. Bremen soll sich als Kulturstadt weiterentwickeln!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Nicht der rabiate Abbruch all der erfolgreichen Initiativen der letzten Monate, nicht das radikale Zusammenschrumpfen eines ohnehin nicht üppig ausgestatteten Kulturhaushalts darf die Antwort auf die Kulturhauptstadtbewerbung sein. Dies würde den Bremer Haushalt nicht sanieren, aber es würde das kulturelle Fundament dieser Stadt, die kulturelle Vielfalt in der Stadt und in den Stadtteilen zerstören und Bremen möglicherweise zur kulturellen Provinz degradieren. Dies kann niemand in Bremen wollen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Es ist gerade die Kultur, die geeignet ist, Innovationskräfte freizusetzen, neue Kompetenzen zu entwickeln, verkrustete Strukturen aufzubrechen und so ihren Beitrag zur Sanierung Bremens zu leisten und die Stadt dadurch für die Bewohner, die Besucher, aber auch für die Unternehmen attraktiver zu machen.

Für die Kultureinrichtungen war die Bewerbung so etwas wie ein Schutzschild, ein Schutzschild vor rabiaten Kürzungen. Die Befürchtungen sind gerade bei den kleinen Kultureinrichtungen groß, dass ihnen nun der Geldhahn zugekehrt und die Tür abgeschlossen wird. Meine Damen und Herren, ich möchte es ganz deutlich sagen, Kultur ist kein Luxus! Die Kultur ist nicht nur für einige wenige da, sondern für die ganze Stadt. Ich finde es falsch, Kultur gegen Bildung oder Soziales auszuspielen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wir sind uns durchaus bewusst, dass bei all den schmerzlichen Kürzungsdebatten dieser Tage die Versuchung groß ist, Kultur als Sahnehäubchen zu betrachten, auf das man bei dieser desolaten Haushaltslage beliebig verzichten könne. Aber das Gegenteil ist der Fall, das Heranführen von Kindern und Jugendlichen an Tanz, Theater, Musik, bildende Kunst und Literatur ist eine der ganz zentralen Aufgaben. Die Verbindung von Kultur

*) Von der Rednerin nicht überprüft.

und Wissenschaft stärkt Kinder und Jugend, stärkt die Bildung und stärkt die Zukunftsfähigkeit dieser Stadt. Die vielen soziokulturellen Einrichtungen in dieser Stadt leisten Erhebliches, um gerade auch den sozialen Zusammenhalt in den Stadtteilen zu gewährleisten.

Eine der zentralen Aufgaben von Kultur ist es, Kindern und Jugendlichen aus allen sozialen Schichten und unterschiedlicher ethnischer Herkunft die Teilhabe am kulturellen Leben zu ermöglichen. Dies war ein elementares Ziel der Kulturhauptstadtbewerbung Bremens, und ich glaube, dies ist auch für die Zukunft ohne Kulturhauptstadt eine wesentliche Aufgabe, meine Damen und Herren.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Dazu gehört selbstverständlich ein ausreichend ausgestatteter Kulturretat, dazu gehört allerdings auch, und das sage ich hier auch ganz deutlich, die vorhandenen Mängel in der Kulturverwaltung schleunigst zu beheben. Die Versäumnisse der Vergangenheit wiegen ohne das Label Kulturhauptstadt doppelt schwer. Martin Heller hat Recht, wenn er sagt, dass Bremen jetzt erst eine Reifeprüfung bevorstehe.

Wir Grünen verstehen diese Reifeprüfung so, dass Bremen die Bewerbung als Kulturhauptstadt als Grundlage nimmt, den begonnenen Aufbruch in der Stadt gemeinsam mit allen gesellschaftlichen Gruppen zu organisieren. Dazu gehört für uns, und das sage ich jetzt in Richtung Kulturse-nator, selbstverständlich auch die zweite Tranche des Projektfonds. Es sind in den vergangenen Monaten durch diesen Projektfonds so viele wertvolle und spannende Projekte auf den Weg gebracht worden. Weitere Projekte warten auf ihre Realisierung, und es wäre fatal, wenn wir hier nicht weitermachen könnten. Es war wirklich etwas, was die Stadt vorwärts gebracht hat.

Meine Damen und Herren, wir waren mit der Bewerbung auf dem richtigen Weg. Diesen Weg wollen wir Grünen auf jeden Fall fortsetzen. Wir wollen offen sein für neue, kreative Ideen, für neue Projekte, die sich mit Bildung, Wissenschaft und auch mit der Stadtentwicklung vernetzen, gemeinsam mit den Kultureinrichtungen, die Bremen hat, denn sie sind das Fundament, auf dem die Kulturarbeit in Bremen ruht.

Wir fordern den Kultursenator auf, die überfällige Reform der Kulturverwaltung nunmehr zügig auf den Weg zu bringen! Wir Grünen gehen dabei davon aus, dass ein Fehler der Vergangenheit nicht

noch einmal wiederholt wird, dass es nicht wie damals bei der KMB, die neben dem Kulturressort agiert hat, bei einer Umstrukturierung des Ressorts wieder zu Doppelstrukturen kommt. Nein, wir wollen ganz eindeutig ein personell und strukturell einheitlich geführtes, starkes Kulturressort, und wir wollen vor allen Dingen ein Kulturressort, das in Zukunft gestaltet, denn nur dann hat es das Vertrauen aller Kulturschaffenden.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Dies zu leisten ist jetzt die Aufgabe des Kulturse-nators, und wir nehmen Sie dabei in die Pflicht. Wir werden sehr genau prüfen, ob dies in den nächsten Wochen erfolgreich laufen wird. Dies wird die Voraussetzung sein, dass Bremens Kultur auch in der Zukunft eine Chance hat. Wenn es uns gelingt, den Schwung und das Selbstbewusstsein, das durch die Bewerbung Bremens zur Kulturhauptstadt in der Stadt initiiert wurde, weiterzuführen, dann hat sich die Bewerbung gelohnt und wird sich auch für die Zukunft auszahlen. - Herzlichen Dank!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Dr. Schrörs.

Abg. **Dr. Schrörs** (CDU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Frau Krusche hat es beschrieben, es war für Bremen, für die Kultur und für alle diejenigen, die sich in den letzten Wochen und Monaten sehr engagiert haben, kein besonders schöner Donnerstagabend, als die Information kam, dass wir nicht Kulturhauptstadt geworden sind. Aber was macht man mit einer solchen Nachricht? Man verarbeitet sie möglichst schnell, auch wenn sie einen unvorbereitet trifft, schaut nach vorn, und man versucht, das, was in den letzten Wochen und Monaten gemacht worden ist, positiv weiter umzusetzen.

Es hat, glaube ich, in den letzten Monaten kaum ein Projekt gegeben, das so von allen in der Politik, Wirtschaft und von gesellschaftlichen Gruppen unterstützt worden ist wie dieses Projekt Kulturhauptstadt. Ich glaube, es hat wenige Projekte gegeben, die eine solche Stimmung, einen solchen Aufschwung in die Stadt gebracht haben wie dieses Projekt Kulturhauptstadt. Wenn ich daran denke, wie am Anfang Martin Heller auch durchaus kritisch in dieser Stadt begrüßt worden ist, viele gesagt haben, na ja, das hätte man anders lösen können, dann kann man, glaube ich, erst nach der Abgabe der Bewerbung richtig ermes-sen, welche Leistung ganz besonders auch von

ihm, aber natürlich auch von seinem Team für diese Stadt geleistet worden ist.

(Beifall bei der CDU und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wir möchten gern, dass die Motivation, die entstanden ist, weiter gefördert wird. Wir möchten auch, dass nach dieser negativen Nachricht keine Lücken entstehen, sondern dass der Blick weiter in die Zukunft gerichtet wird und dass der Prozess, der begonnen worden ist, in gleichem Umfang und in der gleichen Stärke fortgeführt wird, denn auch ohne Kulturhauptstadt leistet Kultur einen wichtigen und eigenständigen Beitrag zur Sanierung Bremens, diesen Aspekt sollten wir nicht vergessen.

Man braucht in wirtschaftlich schwierigen Zeiten Perspektiven.

Eine Perspektive ist, weiterzuentwickeln, was jetzt nicht in der Kulturhauptstadt entstanden ist, eine andere, etwas Neues zu entwickeln. Nicht unbedeutende Summen sind von dem Kulturhauptstadt-Gremium, das eben angesprochen worden ist, investiert worden. Auch dies muss fortgesetzt werden, es braucht auch an dieser Stelle eine weitere Konstanz.

Der Koalitionsausschuss hat am Wochenende einen Beschluss gefasst und sich mit dem negativen Teil der Kulturhauptstadtbewerbung auseinandergesetzt. In diesem Beschluss geht der Koalitionsausschuss davon aus, dass die Potentiale und die Energien, die mit der Bewerbung der Kulturhauptstadt geschaffen worden sind, bewahrt werden sollen. Es soll eine Bündelung und Nutzung der freigesetzten Entwicklungsmöglichkeiten für die Gesamtsanierung und Modernisierung Bremens erfolgen.

Es soll eine Verknüpfung des Strukturwandels mit dem dafür erforderlich begleitenden Mentalitätswandel erfolgen, und es soll eine Vernetzung von Kultur im erweiterten Sinne als Stadtentwicklung mit, wie eben schon erwähnt, Wissenschaft, Sport, Bildung und unter Einbeziehung sozialer Aspekte erfolgen. Mit den jeweils zuständigen Senatsressorts, natürlich vom Kulturressort, aber unter Begleitung der jeweiligen Senatsressorts und unter Begleitung von Martin Heller soll ein Konzept entstehen, das bis zum 30. April vorgelegt werden soll. Ich denke, dies ist, auch vor dem Hintergrund Ihrer Forderung, eine sehr schnelle Reaktion, unterstellt, dass dieser Beschluss hier auch die Mehrheit findet, wovon ich aber ausgehe. Ich kann mir gar nicht vorstellen, dass man in dieser Stadt ein solches Projekt nicht mitmachen und nicht unterstützen will. Ich gehe davon aus,

dass die große Koalition sehr schnell handeln wird und sehr schnell diese Bewegung, die in dieser Stadt ist, aufnimmt und hier auch fortführt.

(Abg. Frau Linnert [Bündnis 90/Die Grünen]: Legen Sie das dem Parlament auch vor, oder hat der Koalitionsausschuss in diesem Land auch Verfassungsrang?)

Liebe Frau Linnert, selbstverständlich werden wir dies im Parlament, in den Deputationen und im Übrigen auch mit der Kulturszene diskutieren, denn wir haben gerade bei dem Projekt der Kulturhauptstadt festgestellt, wie klug und wie gut es ist, sich mit der Kulturszene auseinander zu setzen. Nur dadurch, dass man sie motiviert und mitnimmt, kann man das erreichen, was wir erreicht haben.

(Beifall bei der CDU - Abg. Frau Linnert [Bündnis 90/Die Grünen]: Dann müssen Sie ein anderes Verfahren wählen!)

Es gibt drei Punkte, die ich an dieser Stelle allerdings auch kritisch anmerken möchte. Bremen hat die geringsten Mittel pro Kopf für Kultur. Der Koalitionsausschuss hat angemahnt, in allen Bereichen Benchmarking zu machen. Auch hier sollte man Benchmarking machen, und vielleicht schaffen wir es ja gemeinsam auch, einen etwas höheren Anteil für Kultur zukünftig für Bremen zu erreichen.

Wir haben einen zweiten wichtigen Punkt, der eben angesprochen wurde, das ist die Frage der Freigabe der zweiten Tranche des Kulturhauptstadtfonds. Hier allerdings muss ich unserem Koalitionspartner einen kleinen Vorwurf machen, denn wir möchten schon seit geraumer Zeit die zweite Tranche frei haben und haben oft genug in den Sitzungen des Ausschusses und der Gremien der Kulturhauptstadt diese Forderung gestellt. Leider war unser Koalitionspartner nicht bereit, das bereits beschlossene Geld, es geht ja nicht darum, dass wir Geld fordern, das noch nicht beschlossen ist, sondern das bereits beschlossene Geld freizugeben, um damit den Prozess, der begonnen ist, weiterzuführen. Ich mahne auch an dieser Stelle ausdrücklich noch einmal an, nicht Monate zu warten, um dieses Geld freizugeben, sondern ich erwarte, dass auch der Koalitionspartner sich an dieser Stelle bewegt und die 4,25 Millionen Euro unmittelbar freigibt, damit wir die Projekte, die eingereicht worden sind, beschließen und die Kulturszene sie auch umsetzen kann.

(Abg. Frau Hövelmann [SPD]: Dafür schließe ich aber keine Schule!)

Das ist nicht die Alternative, liebe Frau Hövelmann, das ist genau das, was eben Frau Krusche angesprochen hat. In einem Prozess, der sich in Bremen positiv nach außen entwickelt hat, man redet endlich einmal positiv über Bremen, sind Maßnahmen und Geld beschlossen worden, und alle sind sich einig, dass wir das Geld zur Verfügung stellen. Es stehen nur mehrere auf der Leitung, um dafür zu sorgen, dass dieses Geld im Moment nicht ausgegeben wird, sondern erst zu einem späteren Zeitpunkt.

(Abg. Dr. Sieling [SPD]: Ich glaube es nicht!)

Ich möchte, dass der Prozess weiter und schnell vorangetrieben und damit das Geld unmittelbar ausgegeben werden kann.

Es gibt einen dritten Punkt, ich glaube, wir müssen das Marketing in Bremen deutlich verstärken. Dazu gibt es verschiedene Hinweise. Auch dies muss man für die Zukunft überlegen.

Wie geht es weiter? Ich habe eben gesagt, Bremen hat einen selbst gestellten Auftrag, nämlich den Auftrag, inwieweit Kultur einen Beitrag zur Sanierung liefern kann! Es gab einen zweiten Auftrag, der zweite Auftrag war die Kulturhauptstadt. Leider ist der zweite Auftrag im Gegensatz zum ersten Auftrag nicht mehr vorhanden. Daher sollten wir diesen ersten Auftrag nicht aus dem Auge verlieren. Es muss aber aus unserer Sicht auch wieder einen zweiten Auftrag geben. Dieser Auftrag besteht darin, bis zum 30. April ein Konzept entwickeln zu lassen.

In diesem Konzept, mit dem sich mittlerweile das Team Kulturhauptstadt gedanklich beschäftigt - man erkennt daran, wie intensiv sich diese Gruppe mit der Entwicklung Bremens beschäftigt -, gibt es verschiedene Vorschläge, was man in Bremen machen kann. Wichtig ist es, eine Form zu finden, was Bremen zu leisten imstande ist.

Martin Heller sagt, das Schaufenster Europa ist weg, wir brauchen ein neues Schaufenster, und wir müssen das, was entstanden ist, verstetigen. Wir brauchen in dieser Stadt statt der Kulturhauptstadt ein neues Projekt. Wir brauchen ein neues Ziel, an dem wir uns ausrichten können. Dies sollten wir uns zielstrebig vornehmen, und wir sollten daran denken, dass das Projekt Kulturhauptstadt in einem wesentlichen Teil auch Ausstrahlung nach außen gegeben hat, in die Region, über Bremen hinaus, ein Teil, der für Bremen wesentlich war und wesentlich ist.

Ich möchte meinen Beitrag schließen mit einem Zitat von Martin Heller gestern oder vorgestern in einem Beitrag zur Kulturhauptstadt. Ich zitiere mit

Genehmigung des Präsidenten: „Kultur kann nur entstehen, wenn es Besessene gibt. Sie sind diejenigen, die Kunst und Kultur möglich machen. Dazu brauchen sie keine Fürsorge. Aber sie brauchen Wertschätzung und Achtung und bestimmte Wirkungsbedingungen.“ Meine Damen und Herren, geben wir ihnen Wertschätzung, Achtung und die notwendigen Wirkungsbedingungen!

(Beifall bei der CDU)

Präsident Weber: Bevor ich den nächsten Redner aufrufe, begrüße ich recht herzlich den Intendanten der Bewerbung zur Kulturhauptstadt, Herrn Martin Heller. - Herzlich willkommen!

Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Emigholz.

Abg. Frau **Emigholz** (SPD)*): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Frau Krusche, ich bin sehr bei Ihnen, was die Einschätzung der Lage angeht, sowohl hinsichtlich dessen, dass ich mich gern noch einmal ausdrücklich bei dem Projektteam um Martin Heller für die sehr engagierte, beherzte Arbeit für Bremen bedanken möchte und für den Einsatz, der gekommen ist, und auch für die Qualität, die der Blick von außen gebracht hat. Ich glaube, das Potential, das sich in dieser Debatte freigesetzt hat, ist inhaltlich für die weitere kulturpolitische Debatte nicht zu unterschätzen.

(Beifall bei der SPD)

Das bleibt der Stadt, und das wird auch, denke ich, eine weitere Wirkung entfalten, egal ob wir Kulturhauptstadt geworden sind oder nicht. Mir ging es ähnlich wie den Kolleginnen und Kollegen, Herr Dr. Schrörs hat etwas dazu gesagt, Frau Krusche hat etwas dazu gesagt. Natürlich ist der Moment ein trauriger, nicht nur für Kulturpolitiker, sondern für die Menschen in der Stadt, wenn es heißt, wir kommen in der Bewerbungsrunde nicht weiter. Wir waren überzeugt von unserem Konzept, wir waren auch begeistert davon, welche Kooperationen und Netzwerke sich in der Stadt ergeben haben, und es gilt, diese Netzwerke zu halten. Diese Netzwerke haben nicht in erster Linie, und das fand ich bemerkenswert, nur auf Haushalts- und Finanzfragen abgestellt, sondern diese Netzwerke haben auf ein Miteinander von Ideen abgestellt und haben auch überlegt, wie man öffentliche und private Partnerschaften vernünftig steuern kann. In diesem Sinne wünsche ich mir auch eine Fortsetzung dieses Projektes im Sinne der Sache.

*) Von der Rednerin nicht überprüft.

Was positiv ist und was über alle Fraktionen anerkannt wurde, ist der Status der Kultur. Ob man nun Kultur als Teil einer aktiven Sanierungsstrategie bezeichnet, lässt sich, wenn man das formal haushaltsrechtlich betrachtet, vielleicht nicht ganz definieren, sondern für mich ist Kultur ein Baustein des Strukturwandels. Der Strukturwandel ist in Bremen erforderlich und notwendig und auch richtig, und für diesen Strukturwandel mit der Kultur sollten wir auch gemeinsam eintreten. Das verbindet uns auch in der Bewertung der Sache, dass wir sagen, Kultur kann einen eigenständigen Beitrag leisten.

Die Rahmenbedingungen haben sich verändert, das muss man klar konstatieren. Bremen ist in der Endempfehlungsrunde nicht dabei, und so werden sich am Ende des Tages in der Bewertung aller, die Aufträge sind vergeben, auch die Rahmenseetzungen verändern, meine Damen und Herren, das ist sicher. Da nützt es auch nichts, sich an dieser Stelle in die Tasche zu lügen. Wichtig ist, dass wir kulturelle Arbeit möglich machen. Frau Krusche hat in ihrer Anfrage für die Bürgerschaft gesagt: Wie wird Bremen Kulturstadt, von der Kulturhauptstadtinitiative zur Kulturstadt? Da lassen Sie mich etwas ganz klassisch Sozialdemokratisches sagen, wir müssen ja auch jeder unsere Farbe in die Debatte einbringen, das halte ich auch für richtig!

Bei der Frage, wie wir weitergehen, finde ich den Beschluss des Koalitionsausschusses, und in dem Punkt sind wir uns völlig einig, sehr gut, dass ein Vorschlag entwickelt werden soll, wie jetzt mit den Maßgaben der Kulturhauptstadtkonzeption weiter umgegangen werden soll, und wir den gemeinsam anschauen und dass wir einen Moment innehalten. Die Rahmenbedingungen haben sich verändert, und wir sind den Bürgerinnen und Bürgern nicht nur die Antwort darauf schuldig, wie es mit der Kulturhauptstadtbewerbung weitergeht, sondern wir sind ihnen auch die Antwort darauf schuldig, welches Verhältnis schlicht, ich sage das jetzt einmal ganz platt, die Eventförderung zur grundständigen Kulturförderung hat.

Wir Sozialdemokraten wollen an dieser Stelle, dass es ein sehr ausgewogenes Verhältnis gibt, denn nur eine auch sehr gute grundständige Kulturförderung sorgt dafür, dass die Menschen das, was sie am allerwichtigsten finden, ihre Stadt, lebenswert finden und dass sich die Quartiersentwicklung positiv vorantreibt, dass die Einwohnerbindung stabil bleibt. Kultur, das wissen Sie alle nach vielen Studien, ist ein Faktor, der für die Menschen maßgeblich da ist, wo sie leben wollen, und genauso wichtig wie der Bereich natürlich der Bildungsrahmenbedingungen oder auch der Versorgung mit Kindertagesheimen. Da sollten wir

nicht gegeneinander arbeiten, da sollten wir miteinander arbeiten.

Wir sollten auch über Prioritätensetzung reden. Ich finde es interessant, mit welchem Ansatz die Kollegen der Bewerberstädte eine Runde weitergekommen sind, und ich finde, wir sind auch gut beraten, innezuhalten und zu schauen, was man von ihnen konzeptionell lernen kann und was man machen kann. Da finde ich eine Sache auch sehr sympathisch. Görlitz zum Beispiel hat in der Konzeption ganz sicher nicht darauf gesetzt, dass sie hochrangig und ganz aufwendig ausstatten und dann überlegen, wie sie es werden, sondern der unbedingte Wille, aus einer schwierigen Position heraus zu arbeiten, war da, der Mut der Verzweiflung und das unbedingte Wollen und das Einsetzen für eine Nachbarschaft. Ich finde, daraus kann man lernen, genauso wie die Kollegen in Nordrhein-Westfalen gearbeitet haben, zu sagen, Kultur ist Baustein des Strukturwandels, ist aber auch den Kriterien verpflichtet und zieht eine ganze Region mit sich.

An dieser Stelle, glaube ich, sind wir alle gut beraten zu sagen, wir Bremerinnen und Bremer sind traurig, weil wir von unserer Konzeption überzeugt waren. Wir sind aber auch gut beraten, den Kolleginnen und Kollegen zu gratulieren, denn so, wie wir mit Verve unsere Ideen vertreten haben, haben sie das Ihre getan. Wir wollen gute Nachbarn sein, wir wollen uns gegenseitig einladen, wir wollen auch weiter voneinander lernen, und vor dem Hintergrund finde ich das auch wichtig.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, ich möchte noch ein paar Punkte zu dem sagen, was uns wichtig ist, wenn ich sage, grundständige Kulturförderung. Der Koalitionsausschuss hat auch andere Dinge beschlossen, und vor dem Hintergrund muss sich der Beschluss, der ja schon mehrfach zitiert worden ist, hinter dem wir alle stehen

(Abg. Frau Linnert [Bündnis 90/Die Grünen]: Wir nicht!)

und von dem wir auch positive Ansätze erwarten, rechtfertigen lassen. Es hat in der letzten Runde des Koalitionsausschusses die Entscheidung gegeben, dass die Leistungsempfänger durchschnittlich fünf Prozent sparen sollen. Das betrifft in toto den Kulturbereich. Deswegen weise ich noch einmal darauf hin, dass wir innehalten sollen, dass wir mit dem Team ein neues Projekt entwickeln müssen, wie wir diesen Bereich stabilisieren, wie wir ihn auch zukunftsfähig aufstellen und wie wir auch ein grundständiges Kulturangebot halten, denn Angebote, die nur kurzfristig in die

Stadt einziehen und dann wieder ausziehen, haben wenig Nachhaltigkeit. Nachhaltigkeit ist ein ausgesprochen strapaziertes Wort, aber es lohnt sich auch, im Kulturförderbereich darüber nachzudenken. Das Beispiel anderer Städte lehrt uns da viel. Das sollte man, finde ich, auch betreiben.

Wenn es zwei Hauptkriterien gibt, um die wir kämpfen müssen in der weiteren Projektgestaltung, sind es zwei Dinge: die Förderung der Künste als klassische Aufgabe zur kreativen Impulsbildung der Stadt, die auch für Innovation unendlich wichtig sind, und, das sage ich hier deutlich, die Ermöglichung einer vernünftigen kulturellen Bildung. Das ist ein Punkt, über den wir reden müssen, und das können wir auch aus der Bewerbung von Essen lernen. Das ist eine tragfähige Konzeption, die durchaus attraktive Positionen hat und auch gesehen werden muss. Ich glaube, was außerhalb der Auseinandersetzung darüber steht, wann wir welche Vorlage entscheiden, ist, was wir mit diesem Bereich machen wollen, und erkennen wir weiter an, dass Kulturförderung einen wichtigen Stellenwert einnimmt. Ich glaube, da gibt es in den Fraktionen einen hohen Konsens.

Es gibt einen hohen Konsens, aber wir sollten die Maßstäblichkeit der Förderaktivitäten zwischen grundständiger Kulturförderung und Eventkultur sehr sensibel einhalten, das halte ich für ausgesprochen wichtig. Wir sollten auch sehen, dass wir inhaltliche Profilierungspunkte Bremens setzen. Die Kulturdeputation hat ja schon einmal zwei Schwerpunkte gesetzt und gesagt, der museale Bereich ist ein Alleinstellungsmerkmal auch im Bundesbereich.

(Abg. Frau Linnert [Bündnis 90/Die Grünen]: Die Kulturdeputation gibt es doch gar nicht mehr! Wir haben doch den Koalitionsausschuss!)

Die Kulturdeputation wird sicher tagen, da können Sie ganz sicher sein!

Da bin ich mit Ihnen völlig einer Meinung, dass wir da zu regelmäßigen Beratungsrhythmen hingehören, und ich bin auch mit Ihnen in einem anderen Punkt der Meinung. Wenn die Kulturszene eine qualifizierte Aufstellung brauchen will, dann brauchen wir nicht nur ein erfolgreiches Projektmanagement für das eine oder andere Projekt, sondern viel dringlicher, verzeihen Sie mir das, Herr Heller, wenn ich das an dieser Stelle sage, obwohl Sie wissen, dass ich Ihre Arbeit schätze, eine leistungsfähige Kulturverwaltung, die in der Lage ist, diese Projekte geordnet zu betreiben.

(Beifall bei der SPD)

Die Kulturverwaltung ist Anwalt für die Kulturschaffenden, und von dort bekommen wir Impulse, da übernehmen wir fachliche Gewichtung. Wir können nicht außer Acht lassen, dass der Reorganisationsprozess von einer Menge von 40 Menschen mittlerweile sieben Jahre dauert! Ich glaube, wir schaffen es ins Guinness-Buch der Rekorde, wenn das so weitergeht, meine Damen und Herren! Ich weiß nur nicht, ob ich für den Kulturbereich in diesen Zeiten diesen Rekord richtig und wichtig finde. Das ist einmal eine Sache, die wir sagen und auch einfordern müssen.

Eine andere Sache außerhalb der Reorganisation der Kulturverwaltung, da finde ich es positiv, das will ich hier auch sagen, dass die Kollegen der CDU sich jetzt auch konzeptionell dieser Sache annehmen. Sie machen ja auch morgen, glaube ich, auch eine Veranstaltung dazu, dass es Impulse gibt. Dieser Prozess muss genauso zu Ende geführt werden, Herr Dr. Schrörs, das fordern wir ein, wie die Frage und die Auseinandersetzung um Vorlagen, denn eine Einrede, das wird auch jeder Kulturschaffende verstehen, muss man haben. Dass man eine ordentliche Arbeitsgrundlage braucht zur Bewirtschaftung von Bereichen, ist genauso wichtig wie die Zuteilung von Geld, denn erst, wenn man das hat, weiß man, dass es ordentlich läuft.

(Glocke)

Ich komme zum Ende! Ich glaube, dass wir in einer Sache gut beraten sind. Dieses Jahr ist Schillerjahr. Ich will das gar nicht verlängern und will es auch gar nicht weiter ausführen. Dieses Jahr ist Schillerjahr, und er hat uns auch etwas zu bieten, was ähnlich abstimmend ist. Er sagt: „Die Kunst ist die Tochter der Freiheit. Doch von der Freiheit der Geister und nicht von der Vorschrift der Materie will sie ihre Impulse empfangen.“

(Beifall bei der SPD)

Präsident Weber: Als Nächster erhält das Wort Herr Bürgermeister Dr. Gloystein.

Bürgermeister Dr. Gloystein: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich glaube, die Diskussion und die Aussprachen, die wir heute haben, sind gute Aussprachen. Sie bringen uns weiter trotz dieses für uns natürlich sehr negativen Ausgangs der Entscheidung der Jury. Ich hatte es in dem Moment, als ich noch das Handy am Ohr hatte, als die Entscheidung für Görlitz und Essen kam, auch schon aus dem Stand heraus formuliert, ohne Vorbereitung, auch ohne politische Abstimmung, dass wir hier diesen an sich negativen Tatbestand doch nehmen sollten, um die großen Energien, die große Integrati-

on, die hier im Kulturbereich stattgefunden haben, die große Inspiration, fortsetzen zu können und dass wir das auch fortsetzen sollten.

Alles, was vorher gesagt wurde, ist auch immer noch richtig. Wir haben die Kultur jetzt im Rahmen des Kulturhauptstadtprozesses sehr breit definiert. Es hat sich jetzt sehr positiv herausgestellt, dass wir Grundlagenarbeit geleistet haben, Kulturhauptstadt hat auch Eventteile, natürlich, aber dass wir nicht schwerpunktmäßig darauf gesetzt hatten, sondern Grundsatzarbeit geleistet haben, dass wir im Masterplan die Kriterien formuliert haben, dass wir einen strukturierten Prozess haben, in dem wir einen Masterplan zwei oder einen Kulturentwicklungsplan haben, der jetzt in Kürze vorgelegt wird, um genau diesen Prozess und die Weiterführung dieses Prozesses zu gewährleisten. Hierauf können wir aufbauen.

Ich möchte mich auch an dieser Stelle noch einmal sehr herzlich bei Herrn Heller und seinem Team bedanken, dass sie dies so nachhaltig, so inspirierend und so weitführend gestaltet haben. Wir hatten alle ein gutes Gefühl, die Szene hatte ein gutes Gefühl, die professionellen Beobachter hatten es. Dass das Ergebnis nun ein anderes war, hat mit Ausgangslagen, Historie und eben nicht zu ändernden Faktoren zu tun. Ich glaube, wir haben hier etwas sehr Beeindruckendes gegeben. Wenn es uns die Basis für die Zukunft gegeben hat, dann ist das auch ein sehr entscheidendes Moment.

Aus der ersten Reaktion am Donnerstagabend in der Shakespeare Company heraus haben wir auch gleich spontan reagiert. Wir hatten die Pressekonferenz am Morgen, ich habe das kurz mit Herrn Scherf besprochen und abgestimmt, wir machen das jetzt weiter, und mit Herrn Heller gesprochen, ob er an Bord ist. Ich habe am Freitagmorgen gleich versucht, das mit ihm einigermaßen festzuzurren, ohne dass wir das nun konkret besprochen hatten.

Wir haben dann im Koalitionsausschuss, das ist nicht der Kulturausschuss, Frau Linnert, das ist ganz klar, aber Sie sehen, wir haben ohne Vorbereitung einfach dieses Thema einmal aufgenommen.

(Abg. Frau Linnert [Bündnis 90/Die Grünen]: Ohne Vorbereitung?)

Nein, wir waren nicht darauf vorbereitet, dass wir verlieren würden oder eine Struktur finden müssten, wie wir damit umgehen! Wir haben auf den Gewinn gesetzt und jetzt aus dem Stand heraus doch eine sehr richtige, glaube ich, die doch auch von Ihrer Kollegin als solche beschrieben worden

ist, Entscheidung getroffen. Ich weiß gar nicht, worüber Sie sich hier echauffieren oder beklagen!

(Abg. Frau Linnert [Bündnis 90/Die Grünen]: Dass Sie das einmal zugeben, dass Sie nicht vorbereitet sind!)

Ich glaube, die Ansprache war doch sehr gut. Oder sind Sie der Meinung gewesen, wir hätten die Kulturhauptstadt abstreichen oder reduzieren sollen? Wir haben genau das gemacht, was Ihre Kollegen eben gesagt haben. Wir haben nach vorn geschaut, wir haben die Strukturen belassen, wir werden auf diesen Strukturen aufbauend etwas Gleichwertiges sagen.

(Abg. Frau Linnert [Bündnis 90/Die Grünen]: Es gibt keinerlei rechtswirksame Beschlüsse! Der Koalitionsausschuss ist kein Verfassungsorgan! Wo sind die rechtswirksamen Beschlüsse?)

Der Koalitionsausschuss hat gesagt, der Senat und alle Gremien werden befasst.

(Abg. Frau Linnert [Bündnis 90/Die Grünen]: Der Koalitionsausschuss ist der Senat? Das ist ja hochinteressant! Sehen Sie einmal in die Verfassung!)

Sie können die Erklärungen genauso für die Erklärung des Senats nehmen!

(Abg. Frau Linnert [Bündnis 90/Die Grünen]: Nein, das kann ich nicht! Es gibt einen Unterschied zwischen Senat und Koalitionsausschuss!)

Ich bin Senator für Kultur, ich gebe Ihnen genau die gleiche Erklärung! Damit ist doch alles wunderbar! Darüber brauchen Sie sich gar nicht aufzuregen! Übrigens, Frau Linnert, die Kulturdeputation wird genau das Gleiche erklären.

(Abg. Frau Linnert [Bündnis 90/Die Grünen]: Dann berufen Sie sie doch wieder ein!)

Ja, wir werden sie einberufen, und Sie werden sehen, dass unabhängig von Ihren wenig weiterführenden Einfügungen hier wir unseren positiven Weg weitergehen.

(Abg. Frau Linnert [Bündnis 90/Die Grünen]: Dann beschließen Sie das doch erst einmal!)

Ich bitte, doch sehr nachhaltig zu sehen, und da kommt es zu dem Test, dass wir in unseren sehr schwierigen Beratungen, wo vieles nicht einfach war - -.

(Abg. Frau Hövelmann [SPD]: Wir schließen Schulen, um zu sparen!)

Frau Hövelmann, Sie haben Recht, wir mussten im Sozialbereich, in vielen anderen Bereichen Einschnitte machen, die uns nicht leicht fielen.

(Abg. Focke [CDU]: Weil wir keine Schüler haben!)

Trotzdem haben wir gesagt, dass man die Mittel, die wir für diesen wichtigen Prozess, der für die gesamte Gesellschaft, für die Identitätsfindung, für Innovation und Integration ganz wichtig ist, die sind ja nicht negativ diskutiert worden, einmal als Positivum sehen muss. Das ist eine politische Willenserklärung von besonderer Art. Dies möchte ich auch so bewertet sehen.

(Glocke)

Präsident Weber: Herr Bürgermeister Dr. Gloystein, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Dr. Sieling?

Bürgermeister Dr. Gloystein: Ja, gern!

Präsident Weber: Bitte, Herr Dr. Sieling!

Abg. **Dr. Sieling** (SPD): Herr Präsident, es soll mehr eine Zwischenbemerkung sein! Die Stunde war zugegebenermaßen spät, Herr Bürgermeister. Ich glaube, jeder, der sich den Text ordentlich ansieht, wird nicht sagen können, dass hier irgendwelche Mittel festgeschrieben worden sind, sondern die Veränderung von der Kulturhauptstadt zur Kulturstadt wird bedeuten, dass wir deutlich die vorgesehenen Etats werden reduzieren müssen. So war auch die Diskussion, so war zumindest eine Teilmeinung, dass Sie eine andere vertreten haben, ist in Ordnung. Wir werden aber, das sage ich jedenfalls für meine Person, diese Anschläge so nicht halten können. Ich glaube, das kann in keinstem Interesse sein. Darum haben wir zu den 4,25 Millionen Euro, zweite Tranche, nichts gesagt.

Bürgermeister Dr. Gloystein: Dazu möchte ich Folgendes sagen: Die 4,25 Millionen Euro sind Teil des Haushalts 2005, die Eckwerte des Haushalts 2005 werden bestätigt. Die Tranche ist jetzt in der Tat nicht freigegeben worden, weil wir auch ohne Kulturhauptstadeinschränkung die Regel hatten, dass erst der Masterplan zwei gemacht werden sollte. Nur, auf Basis der alten Beschlüsse über die Bewerbungsmittel 4,25 Millionen Euro und auf Basis der alten AIP-Budgetbeschlüsse werden wir agieren.

Herr Sieling, wir haben ein Investitionsvolumen und -programm - diese berühmten 587 - beschlossen,

(Abg. Frau Linnert [Bündnis 90/Die Grünen]: Wer hat das beschlossen?)

politisch festgelegt im Koalitionsausschuss. Innerhalb dieses Programms haben wir Projekte definiert, was dort hineinkommt. Die 60 Millionen Euro, 20 plus 40, für die Kulturhauptstadt bedürfen noch der Einzelbestätigung. Sie wurden allerdings, so habe ich es auch formuliert, vom Volumen her im Grundsatz nicht zur Disposition gestellt in dem Sinne, wir werden jetzt nicht Kulturhauptstadt, also ist es weg.

Wir haben ganz klar gesagt, und das ist der politische Inhalt dieser Erklärung, das ist auch das, was Frau Krusche richtigerweise gesagt hat, wir erhalten die Ressourcen, Strukturen und die Projektionen unseres Programms auf neuer Basis, auf einer Kulturstadtbasis weiter. Dass wir noch ein bisschen Zeit brauchen, um das auszudefinieren, um uns auf diese neue Situation einzustellen, Frau Linnert, nun akzeptieren Sie doch einmal, dass man ein, zwei Tage Zeit braucht, um sich positiv auf eine neue Situation einzustellen und positive Perspektiven aufzuzeigen!

(Abg. Frau Linnert [Bündnis 90/Die Grünen]: Der Koalitionsausschuss braucht ja nicht so viel Zeit, das haben wir ja jetzt verstanden!)

Wenn es nach Ihnen gegangen wäre, dann wären wir hier über mehrere Tage in ein Lamento verfallen. Genau das haben wir nicht gemacht. So haben alle Kolleginnen und Kollegen das hier auch formuliert. So wird das von der Kulturpolitik in diesem Land auch weitergehen.

(Abg. Frau Linnert [Bündnis 90/Die Grünen]: Wo wird die Kulturpolitik denn gemacht, Herr Gloystein?)

Wir werden positive Perspektiven aufzeigen, wir werden die Mittel bereitstellen und uns nicht vom Lamentieren beeinflussen lassen!

(Beifall bei der CDU)

Ich würde einmal gern wissen, was die Kulturszene zu diesen ganzen Themen und der Vorstellung sagen würde.

Die Kulturverwaltung bedarf in der Tat einer Neuaufstellung. Das machen wir gerade. Der Grund, warum ich vorhin etwas zu spät war, ist, ich kam von der Pressekonferenz, auf der die neue Struktur unter Eingliederung der KMB vorgestellt worden ist. Wir sind da auf einem guten Weg. Die Kulturverwaltung wird im Laufe dieses Jahres, genau wie Frau Krusche es beschrieben hat, aufgestellt. Es wird eine integrierte Behörde sein, sie

wird transparente Organisationsstrukturen haben, und sie wird die Schnittstellenproblematik, die uns leider bei der KMB beschäftigt hat, aufgelöst haben. Dafür ist der Entscheid des Senats heute von wichtiger Bedeutung. Er kommt jetzt in diesem Zeitraum gerade richtig, hier können wir marschieren. Ich möchte allerdings eines dazu sagen: Auch zur Kulturhauptstadtbewerbung hat das Kulturressort, die KMB, einen nachhaltigen Beitrag geleistet! Das muss hier, glaube ich, auch einmal gesagt werden, ohne das wäre die Breite der Arbeit hier nicht möglich gewesen.

Ich glaube, es ist richtig, hier aus dieser Niederlage die richtigen Schlüsse zu ziehen, positiv in die Zukunft zu gehen und unseren integrativen, auf die Zukunft gerichteten Kulturansatz fortzuführen, die Mittel und die Ressourcen hierbei zur Verfügung zu stellen. Wenn das so ist und wir nicht lamentieren, ist mir um die Kultur in Bremen trotz der schwierigen Haushaltslage auch nicht bange.

(Beifall bei der CDU)

Noch ein Hinweis, wenn Sie erlauben: Heute Abend um 19.30 Uhr ist in der Schwankhalle eine Feier, zu der alle, die sich um die Kulturhauptstadt verdient machen, eingeladen sind, wo wir noch einmal die Vergangenheit betrachten, aber auch eine Grundlage für die Zukunft legen wollen. Jeder, der sich dafür interessiert, ist hier sehr herzlich eingeladen. Dann können wir diese Diskussion auch im breiteren und informellen Rahmen fortsetzen. - Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU - Abg. Frau Hövelmann [SPD]: Wird das finanziert aus dem Kulturhauptstadtetat?)

Präsident Weber: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Krusche.

Abg. Frau **Krusche** (Bündnis 90/Die Grünen)*): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich hätte mir gewünscht, dass die große Einigkeit, in der sich alle Fraktionen bewegt haben, was den Sinn und Zweck der Bewerbung als Kulturhauptstadt anging, etwas länger trägt als bis Donnerstagabend

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

und dass es eben nicht dazu kommt, wie ich jetzt so ein bisschen den Eindruck habe, einerseits etwas aus dem Grummeln der SPD-Fraktion heraus, andererseits um die Frage, welche Gremien

hier eigentlich die Politik bestimmen. Ich versuche es noch einmal auf meine Art.

Mein Interesse, warum ich hier heute rede, ist es, ganz deutlich nach wie vor dafür einzustehen, dass Kultur und die Rolle der Kultur für eine Weiterentwicklung Bremens unabdingbar ist, dass sie ihre Rolle spielt für die Reichen, für die Armen, für die Migranten, für die großen und die kleinen Projekte, dass alles dazu beiträgt, diese Stadt voranzubringen, ihr ein Gesicht, ein Profil zu geben und neue Ideen zu produzieren, die uns als ganze Stadt voranbringt. Dies ist der Sinn, warum wir uns hier bisher gemeinsam für die Kultur stark gemacht haben.

Ich möchte bei der SPD dafür werben, dass das, was Sie im Koalitionsausschuss jetzt beschlossen haben, was noch relativ viele unverbindliche Sätze sind, tatsächlich dazu führt, dass man sagt, Kulturhauptstadt ade, aber wir nehmen es zum Anlass, uns neu aufzustellen, auch kulturpolitisch neu aufzustellen. Dazu brauchen wir ein starkes, neu strukturiertes Kulturressort. Das ist das eine.

Ich möchte aber auch in Richtung SPD Folgendes sagen: Der Senat - und soviel mir bekannt ist, sitzen da nicht nur CDU-Senatoren - hat 8,5 Millionen Euro bewilligt für Kulturprojekte. Die Hälfte davon ist bisher ausgegeben worden. Ich glaube, diese Ausgaben waren sinnvoll, waren kein Luxus, sondern haben ganz viel initiiert, gerade auch in der Verknüpfung von Bildung, Wissenschaft, Kunst und Kultur. Große Einrichtungen haben davon profitiert und ganz viele kleine. Ich möchte noch einmal dafür werben, dass dieser Senatsbeschluss aus grüner Sicht am Donnerstagabend nicht seine Gültigkeit verloren hat, sondern dass wir dazu stehen, dass es diese zweite Tranche geben kann und nicht - leider ist Frau Hövelmann hinausgegangen -, und das sage ich hier als Grundschullehrerin, diese 4,25 Millionen Euro zweite Tranche gegen die Schließung von Grundschulen ausspielen wollen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

Ich stimme hier bestimmt nicht als grüne Kulturpolitikerin, als grüne Baupolitikerin und als Grundschullehrerin für Schulschließungen. Ganz im Gegenteil! Aber wenn es dazu kommt, dass Grundschulen geschlossen werden, dann führen wir hier eine andere Debatte, und die hat auch etwas mit dem demographischen Wandel, meine Damen und Herren, zu tun und damit, dass Schülerzahlen sinken.

Diese Debatte führe ich gern mit Frau Hövelmann an anderer Stelle, jetzt reden wir über Kultur, und

*) Von der Rednerin nicht überprüft.

da möchte ich noch einmal mit Nachdruck dafür werben. Diese 8,5 Millionen waren gesetzt, und das muss ich auch Ihnen sagen, Frau Emigholz, ich höre Ihre Worte gern, dass Sie sagen, wir wollen uns neu aufstellen, und es muss auch ein Weiterführen der Kulturhauptstadt geben. Aber auch Sie waren am Donnerstag vor der Entscheidung dabei, als wir einstimmig in diesem Vergabegremium gesagt haben, diese zweite Tranche muss kommen, unabhängig davon, ob wir Kulturhauptstadt werden, ja oder nein.

Ich bitte Sie, auch in Ihrer Fraktion dafür zu werben, wir müssen sparen, und ich weiß, dass es speziell auch für die SPD hier um ganz schmerzhafteste Politikbereiche geht, es geht um Bildung, Jugend und Soziales. Es ist mir alles bewusst. Ich versuche hier noch einmal, deutlich zu sagen, dass die Kultur die Stadt zusammenhält, dass die Kultur nichts ist, was man gegen diese anderen Bereiche ausspielen sollte. Wir sollten vielmehr dafür sorgen, uns auszudenken, wie man noch mehr als bisher darauf setzen kann, dass alle die Menschen, die bisher denken, Kultur ist etwas für die da oben, Kultur hat nur etwas mit dem Theater zu tun, dass man noch mehr dafür tut, dass Kultur für alle da ist und dass alle Menschen in dieser Stadt von einer reichen, von einer vielfältigen Kulturlandschaft einen Gewinn, einen dauerhaften Gewinn haben.

Ich erinnere nur daran, dass im nächsten Monat in der Glocke das Migrantenorchester auftritt. Es gibt hervorragende Initiativen, um gerade den vielen Menschen, die aus der Fremde in diese Stadt gekommen sind, zu zeigen, dass Kultur für alle Menschen in dieser Stadt da ist und dass es hier nicht um Eliten geht, sondern um alle Menschen, für die die Kultur da ist und die davon ihren Gewinn ziehen in diesen Städten Bremen und Bremerhaven. - Danke schön!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

Präsident Weber: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Emigholz.

Abg. Frau **Emigholz** (SPD)*): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Frau Krusche, ich finde es richtig, dass Sie bestimmte Dinge angesprochen haben, aber diese Dinge, wie sie sich entwickelt haben, Sie kennen das auch - wir haben im Vorfeld darüber geredet -, sind Verhandlungen, und da gebe ich Frau Linnert völlig Recht, die gehören in andere Gremien. Die politische Be-

fassung der Grundsatzthemen gehört in die Deputation, und die hätten wir, wenn ich das einmal so sagen darf, auch ganz gern einmal wieder getroffen.

(Beifall bei der SPD)

Von daher ist es richtig, dass der Koalitionsausschuss eine Grundsatzlinie hier bestimmen kann, es ist ein Verfahren bis zum 30. April aufgenommen, so habe ich das Votum des Koalitionsausschusses verstanden. Ich glaube, dass man eine Sache deutlich machen musste, es ist in der Kommunikation am Freitag, gut gemeint, das will ich nicht in Abrede stellen, viel schief gegangen, und zwar indem die Frage der Mittelvergabe der zweiten Tranche verwechselt wurde mit dem Gesamtetat von 60 Millionen in den nächsten Jahren, und diese Verquickung hat permanent stattgefunden. In diesen Zeiten, glaube ich, erweist man dem Kulturbereich einen Bärendienst, wenn man von dem einen Fettnapf in den anderen watschelt, das will ich hier auch einmal so deutlich sagen,

(Beifall bei der SPD)

wenn man sich dann in unglückliche Begründungszusammenhänge verkettet und nicht mehr klar macht, worum es geht. Völlig d'accord, dass wir die Projekte beraten, völlig d'accord, dass wir für die Szene etwas Ordentliches organisieren müssen und dass wir als Sozialdemokraten auch dazu stehen, dass Kultur weiter einen wichtigen Stellenwert in der Stadt hat und dass wir das auch programmatisch und inhaltlich und bei der Ausstattung untermauern.

Aber das Ressort muss seine Schularbeiten machen, die Beratung der ordentlichen Gremien muss eingehalten werden. Ich unterstütze ausdrücklich Ihre Forderung, dass bestimmte Dinge nicht hierher gehören, sondern dass sie politisch beraten werden müssen, lieber auch in einer Plenardebatte am Ende, wenn es in der Deputation war oder wenn wir Sachen hinbekommen, aber dass wir verlängerte Koalitionsausschussberatungen nachlesen und Interpretationen machen, wer was gesagt hat, halte ich für ausgesprochen unglücklich. Stellen sie sich einmal vor, wir würden solche Nummern abziehen im Bildungsbereich, im Sozialbereich oder was uns sonst noch einfällt

(Abg. Frau Linnert [Bündnis 90/Die Grünen]: Das machen wir doch!)

und jeder sagt: Wissen Sie noch, wie Sie sich damals im Koalitionsausschuss verhalten haben? Wen interessiert das eigentlich? Die Bürger und die Bürgerinnen, die Kulturschaffenden interessiert am Ende nur die Frage, was wir zu den

* Von der Rednerin nicht überprüft.

Haushaltsberatungen für Rahmenbedingungen schaffen. Da gilt es, das Gerüst abzusichern.

Bleiben wir doch bei der Strategie des Projektteams, gerade auf den inneren Wandel zu setzen, auf Erneuerung zu setzen, die Potentiale der Stadt auch in Netzwerkarbeit zu anderen Bereichen stark zu machen, und verketten wir uns nicht an kleinkarierten Debatten! Ich finde auch, wir brauchen eine ordentliche regelmäßige Bewirtschaftung der Deputation, wir brauchen eine Zuspitzung für Fachfragen, das gilt für die Regionalentwicklung in Bremen-Nord, das gilt für die Frage der kulturpolitischen Aufstellung, und das gilt auch für die Frage, wie geht es mit der Kulturverwaltung weiter.

(Glocke)

Präsident Weber: Sind Sie bereit, eine Zwischenfrage anzunehmen?

Abg. Frau **Emigholz** (SPD): Ja, bitte!

Präsident Weber: Bitte, Frau Linnert!

Abg. Frau **Linnert** (Bündnis 90/Die Grünen): Ich will es wirklich verstehen. Die zweite Tranche ist doch im Haushalt 2005?

(Abg. Frau Emigholz [SPD]: Richtig!)

Ich habe gehört, dass die Koalition beabsichtigt, dem Parlament einen Nachtragshaushalt vorzulegen, in dem es keine weiteren Einsparungen oder Veränderungen gibt. Dann müsste das Geld im Haushalt 2005 - auch wenn der Nachtragshaushalt jetzt hier am Donnerstag in erster Lesung beschlossen wird - noch weiterhin da sein.

(Abg. Frau Emigholz [SPD]: Ja!)

Jetzt geht es darum, mit welchen Verfahren kommt man dazu, dass die zweite Tranche vergeben werden kann. Ich dachte, dass sich in vielleicht demokratisch nicht unproblematischer Weise, aber immerhin, beim ersten Mal hat man das auch so gemacht, im Zusammenhang mit dem Kulturhauptstadtbüro, so ein Vergabeausschuss betätigt hat. Soll der weiter arbeiten?

Abg. Frau **Emigholz** (SPD): Der Vergabeausschuss spricht formal nur eine Empfehlung aus, das müssen wir auch anerkennen.

(Abg. Frau Linnert [Bündnis 90/Die Grünen]: Das soll er auch weiter machen?)

Die fachliche Empfehlung geht an die Gremien, und die Gremien sind vor bestimmten Beschlüs-

sen gebunden. Eine Bindung ist, dass ein neues Konzept zur Bewirtschaftung der Gesamtmaßnahme vorgelegt wird, das ist der 30. April, und ich rechne damit, dass der Auszahlungsentscheid mit Vorlage dieses Konzeptes erfolgt. Das halte ich für das Junktim, das verhandelt worden ist. Wenn das nicht der Fall ist, muss man mich eines Besseren belehren.

(Abg. Frau Linnert [Bündnis 90/Die Grünen]: Dann kann der Haushaltsausschuss in seiner Mailsitzung das Geld freigeben?)

So sehe ich das!

(Bürgermeister Dr. Gloystein: Sehr richtig!)

Präsident Weber: Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Aktuelle Stunde ist geschlossen.

Tagesbetreuungsausbaugesetz in Bremen umsetzen!

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 23. Februar 2005
(Drucksache 16/300 S)

Wir verbinden hiermit:

In die Zukunft investieren - Tagesbetreuung ausbauen

Antrag der Fraktionen der SPD und der CDU vom 15. März 2005
(Drucksache 16/304 S)

Dazu als Vertreterin des Senats Frau Senatorin Röpke.

Die Beratung ist eröffnet.

Als erster Redner hat das Wort der Abgeordnete Crueger.

Abg. **Crueger** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Man hat es eben schon bei der Ankündigung gemerkt, das Thema, über das wir heute diskutieren, das Tagesbetreuungsausbaugesetz, ist nicht ganz einfach, klingt relativ sperrig, ist aber in Wahrheit eine total lebensnahe Sache.

Zur Einführung möchte ich ein paar Bemerkungen machen, worum es geht. Es geht um die Betreuung der Kinder unter drei Jahren. Wir wissen alle, Kinder zwischen drei und sechs Jahren haben einen Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz, Kinder unter drei Jahren hatten den bislang in der Form nicht. Das führte dazu, dass dieser Bereich

immer etwas im Windschatten des restlichen Kindertagesbereichs lief, und dementsprechend waren auch die Ausbauquoten. Wenn man sich das einmal bundesweit anschaut, haben wir im Westen eine Quote von 2,7 Prozent, im Osten sieht es deutlich besser aus, dort liegt sie ungefähr bei 35 Prozent.

Uns geht es hier um die Situation in Bremen, da haben wir eine Quote zwischen - je nach Statistik, der man Glauben schenken mag - acht und zehn Prozent. Ich meine, da gilt auch der alte Grundsatz, man soll nur den Statistiken glauben, die man vorher auch selbst gefälscht hat. Da geht vieles ineinander, da gibt es unterschiedliche Betreuungsformen mit unterschiedlichem Betreuungsumfang, von Spielkreisen bis hin zur Tagespflege, es gibt altersgemischte Gruppen.

Ich glaube, es ist gar nicht der richtige Parameter, um zu messen, wie wir aufgestellt sind, sondern das Entscheidende ist die Situation in den Einrichtungen selbst, und wenn man die einmal fragt, sieht man, die haben Anmelde- und Wartelisten beziehungsweise Wartelisten mit zum Teil mehreren hundert Eltern. Es mögen auch Doppelmeldungen darunter sein, aber der Trend ist klar erkennbar, es gibt einen wesentlich größeren Bedarf, als wir Angebote vorhalten, und das ist der Grund, warum wir heute hier darüber diskutieren.

Allein die Anzahl der Elterninitiativen, die sich mittlerweile in Bremen zusammengefunden haben, die sagen, wir nehmen uns dieses Problems an, wir wollen selbst eine Gruppe aufbauen, wir wollen selbst ein Angebot schaffen, um uns und andere zu entlasten, und die dann bei der Stadt vorstellig werden und darum bitten, dass man ihnen Unterstützung bei diesem Vorhaben zukommen lässt, allein diese Anzahl der Eltern lässt bereits den enormen Druck, der dahinter steht, erkennen. Es geht da letztlich um die Frage der Vereinbarkeit von Familie und Beruf, es geht natürlich auch um soziale Belange, das muss man immer dazu sagen, das darf man nicht gegeneinander ausspielen, aber es ist auch eine sehr entscheidende frauen- und arbeitsmarktpolitische Frage und muss genauso zentral diskutiert werden wie all das, was wir für den Bereich der Drei- bis Sechsjährigen hier immer diskutieren.

Im Moment ist das noch nicht passiert, aber die rotgrüne Bundesregierung hat gesagt, wir wollen auch dieses Thema zentral auf die Agenda setzen, und hat deshalb besagtes Gesetz erlassen.

(Abg. Pietrzok [SPD]: Das hat der Bundestag beschlossen!)

Genau! Der Bundestag hat dieses Gesetz mit rotgrüner Mehrheit beschlossen, insofern wurde es von der rotgrünen Bundesregierung auf korrektem parlamentarischen Weg erlassen, das ist sehr schön.

Es hat den Inhalt, dass wir bis 2010 die Betreuungsquote in ganz Deutschland, vor allem betrifft das dann die westdeutschen Bundesländer, von derzeit eben zwei Komma irgendetwas auf 20 Prozent bringen wollen. Das ist ein ehrgeiziges Ziel, das ist auch technisch nicht ganz einfach, wenn die Bundesregierung versucht, den Kommunen politische Vorgaben zu machen, aber man hat es trotzdem gewagt, und ich finde, es ist in der Sache auch ein richtiges Vorhaben. Finanziert werden soll es durch die Einsparungen der Kommunen durch die Hartz-Reformen.

Da kommen wir wieder auf die Bremer Ebene, wir müssen nämlich schauen, wie Bremen das jetzt macht. Bremen sieht dieses Gesetz auf Bundesebene, sieht, wir haben Ersparnisse durch Hartz, dann wäre ja eigentlich der Umkehrschluss ganz einfach, gut, dann finanzieren wir auf diese Weise auch den Ausbau. Leider Gottes ist dieses Geld auf den Kanzlerbrief abgerechnet worden, und das ist, glaube ich, das große Problem der Koalition. Herr Pietrzok schüttelt mit dem Kopf, Sie können gleich erwidern und uns sagen, das ist ja auch der Anlass unseres Antrags, wie Sie das finanziell umsetzen wollen. Wir sehen im Moment, und die ganzen Ausflüsse des vielzitierten Koalitionsausschusses lassen uns da auch nichts anderes im Moment erkennen, dass die Finanzierung in der Tat zurzeit noch ungeklärt ist.

Von 2005 bis 2010 ist kein so unheimlich langer Zeitraum, deshalb fordern wir jetzt mit diesem Antrag ein verbindliches Konzept, weitestgehend verbindlich mit den Ausbauschritten bis 2010, dass wir sehen, wann werden welche Maßnahmen ergriffen mit wie viel Geld, mit welchem Geld, um den Ausbau zu gewährleisten, damit wir im Jahr 2010 dann sagen können, wir haben es geschafft, unsere Quote auf 20 Prozent zu bringen.

Wir haben einen weiteren Punkt in diesen Antrag aufgenommen, das ist sozusagen der erste Schritt, weil es ja immer die Frage ist mit der Taube auf dem Dach und dem Spatz in der Hand. Zum nächsten Kindergartenjahr haben wir durch die demographische Entwicklung einen Überhang, wie sich das nennt, von 150 - es wird sich noch konkretisieren -, von ungefähr 150 Kindertagesplätzen, sinkende Kinderzahlen also dort, Ressourcen, die frei werden. Die Koalition plant, diese Ressourcen einzustreichen, wir sagen, es wäre der falsche Schritt. Wir finden, es ist wesentlich sinnvoller, an dieser Stelle eine Abwehrschlacht

zu führen und zu sagen, diese Plätze nehmen wir sozusagen als ersten Schritt, das ist noch nicht der ganz große Wurf, aber es wäre sozusagen in einem Konzept, das auf eine längere Frist ausgelegt ist, ein erster sinnvoller Schritt.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Nun kann ich mir auch zu den aktuellen Ereignissen in der Landschaft um uns herum einen Kommentar nicht ganz verkneifen. Natürlich, wenn man sagt, wir wollen die PEP-Quote auf den KTH-Bereich anlegen, würde das bedeuten, wenn man es einmal stringent durchdenkt, dass wir bis 2009 von den 2900 Ganztagsplätzen, die wir haben - Herr Pietrzok, es ist doch so -, auf 2500 kämen, die wir abbauen müssten, dann blieben da noch ungefähr 400 übrig. Das ist natürlich nicht der politische Hintergrund, vor dem man dann das Tagesbetreuungsausbaugesetz, so wie wir das wollen, ausbauen könnte. Ich glaube, wir sind uns einig, mit der PEP-Quote und diesem Abbau von Ganztagsplätzen können wir im KTH-Bereich komplett die Segel streichen.

Das Entscheidende ist, dass es gesetzliche Vorgaben gibt, es gibt einen Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz, auch das Hartz-Gesetz wiederum beinhaltet einen Rechtsanspruch. Wir können also den Eltern, denen wir die größtmögliche berufliche Mobilität abverlangen, nicht auf der anderen Seite die Kinderbetreuung entziehen, und wir haben das Tagesbetreuungsausbaugesetz, das heißt, das sind rechtliche Vorgaben, an denen man auch nicht so leicht vorbeikommt. Ich denke, es würde Bremen gut anstehen, gerade mit einem SPD-geführten Ressort, wenn man sich jetzt nicht davor drücken würde, sondern zügig die weiteren Schritte gehen würde. - Danke!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Weber: Als Nächste hat das Wort die Abgeordnete Frau Speckert.

Abg. Frau **Speckert** (CDU): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! In Deutschland wie in Bremen besteht ein großer Handlungsbedarf im Bereich Erziehung, Bildung und Betreuung unserer Kinder. Die CDU-Bürgerschaftsfraktion tritt deshalb für eine qualitativ bessere Kinderbetreuung und eine für Eltern bezahlbare Kinderbetreuung ein. Internationale Studien wie Pisa und Iglu haben gezeigt, dass Deutschland erheblichen Reformbedarf im Bereich Bildung und Erziehung hat. Um diese Defizite zu beheben, müssen Kinder früher und intensiver gefördert und gefordert werden. Dies gilt insbesondere für die Erziehung und Bildung vor Eintritt in die Schule. Um

dies zu erreichen, brauchen wir eine stärkere Verzahnung von Elternhaus, Bildung und Betreuung.

Mehr Betreuung allein reicht jedoch nicht aus. Auch eine qualitative Verbesserung durch frühkindliche Bildung und Förderung ist unabdingbar. Deshalb wurde in Bremen auch ein Rahmenplan für Bildung und Erziehung entwickelt, denn gerade für die ersten sechs Lebensjahre ist es wichtig, dass bestimmte Grundfähigkeiten und Fertigkeiten erlernt werden. Dazu gehört auch die sichere Beherrschung der deutschen Sprache, wichtig auch für den Übergang in die Schule.

Für die Kinder von drei bis sechs Jahren müssen die vorschulischen Bildungsmöglichkeiten gefördert werden. Wir müssen das Potential der Kinder, spielerisch zu lernen, nutzen und sie besser auf die Grundschule vorbereiten. Jedes Kind sollte diese frühe Förderung erhalten.

Des Weiteren müssen unsere Krippen, Kindergärten und Horte für die Anforderungen der Wissensgesellschaft gerüstet sein. Deshalb muss dort der Bildungsgedanke stärker verankert werden. Gleichzeitig wird mit dem Ausbau der Kinderbetreuung ein wichtiger Beitrag zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit geleistet. Grundsatz aller Maßnahmen ist die Wahlfreiheit der Eltern. Voraussetzung dafür sind bedarfsgerechte Angebote sowohl in Tageseinrichtungen als auch in der Tagespflege.

Für die Betreuung der unter dreijährigen Kinder muss die Tagespflege dem Bedarf der Eltern entsprechend qualitativ und quantitativ ausgebaut werden. Gleichzeitig gilt es, die Rahmenbedingungen für die Tagespflege zu verbessern. Wichtig ist die Vorbereitung, Beratung und Vermittlung der Tagespflegeperson und Begleitung der Eltern sowie eine zuverlässige, auch in Ausnahmesituationen gewährleistete Betreuung der Kinder.

Es ist nicht zu bestreiten, dass die Vereinbarkeit von Familie und Beruf in Deutschland zu wünschen übrig lässt. Die Rahmenbedingungen haben sich zwar durch den von der Union geschaffenen Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz und auf mehr Ganztagsplätze beziehungsweise Angebote in Kindergärten und Schulen verbessert, in den alten Bundesländern gibt es aber nach wie vor ein erhebliches Defizit an Betreuungsangeboten für die unter dreijährigen Kinder.

Völlig zu Recht wehren sich die kommunalen Spitzenverbände gegen das von der Bundesregierung mit Kanzlermehrheit in einer Nacht-und-Nebel-Aktion am Bundesrat vorbei verabschiedete Gesetz, dessen Finanzierung nicht stimmig ist.

(Vizepräsidentin Dr. Mathes übernimmt den Vorsitz.)

Die Bundesregierung hat als die zentrale familienpolitische Initiative in dieser Legislaturperiode den Ausbau der Betreuung für die Kinder unter drei Jahren angekündigt. Dieses Vorhaben ist finanziell nicht gesichert, greift inhaltlich zu kurz und wird immer weiter hinausgeschoben. Die Finanzierung mit 1,5 Milliarden Euro jährlich soll mit angeblichen Einsparungen bei Hartz IV durch die Zusammenlegung von Sozial- und Arbeitslosenhilfe erfolgen. Die Kosten von 1,5 Milliarden Euro sind viel zu niedrig veranschlagt. Die kommunalen Spitzenverbände gehen von mindestens 2,5 Milliarden Euro Betriebskosten aus.

Die rotgrüne Bundesregierung hat hartnäckig die Tatsache ignoriert, dass die angenommene fiskalische Entlastung der Kommunen durch die Hartz-IV-Reform in keinem Zusammenhang zu den durch die Kinderbetreuung anfallenden Mehrbelastungen steht. Wir erteilen der systematischen Aushöhlung der kommunalen Selbstverwaltung eine Absage.

(Abg. Frau Linnert [Bündnis 90/Die Grünen]: Auf einmal!)

Aufgrund der fehlenden Finanzierung des Tagesbetreuungsausbaugesetzes besteht die Gefahr, dass Eltern für die Finanzierung der von ihnen dringend benötigten Betreuungsangebote verstärkt herangezogen werden.

(Abg. Frau Linnert [Bündnis 90/Die Grünen]: Hat doch der Koalitionsausschuss gerade beschlossen, dass die Eltern verstärkt herangezogen werden! Das ist jetzt Schuld der Bundesregierung?)

Wir als CDU-Fraktion wollen den Ausbau der Kinderbetreuung für alle Altersstufen in Bremen voranbringen, vor allem für die unter dreijährigen Kinder. Deshalb werden wir den Senat auffordern, der Bürgerschaft bis zur Oktober-Sitzung ein Konzept zum Ausbau des Betreuungssystems vorzulegen.

(Abg. Frau Wiedemeyer [SPD]: Wichtiger wäre es, Geld bei den Eckwerten zu berücksichtigen!)

Dabei müssen die Angebote flexibler sein und für Eltern auch in Zukunft bezahlbar bleiben.

Meine Damen und Herren, wir wollen Wahlfreiheit für Eltern. Wenn man das will, kann man den Bedarf für Kinderbetreuung nicht nur von der Erwerbstätigkeit der Eltern abhängig machen. Wir als CDU wollen auch einen Betreuungsbedarf für diejenigen Personen, die durch mehrere Kinder

oder durch die Übernahme von Pflege in der Familie besonders belastet sind, in den Gesetzentwurf aufnehmen. Dieser Vorschlag, der von den großen Familienverbänden in Deutschland unterstützt wird, wurde von der Regierungskoalition als nicht notwendig abgelehnt. Es entstehen Schief-lagen durch dieses Gesetz. Erwerbstätige Ehepaare mit einem Kind haben Anspruch auf ein Angebot zur Kinderbetreuung. Das Facharbeiter-ehepaar mit fünf Kindern, bei dem ein Elternteil die Erziehungsarbeit übernimmt, hat aber keinen Anspruch auf ein Betreuungsangebot.

Selbst SPD-regierte Bundesländer haben die rot-grüne Bundesregierung aufgefordert, eine verlässliche Finanzierungsgrundlage zu bieten und den Gesetzentwurf entsprechend zu verbessern. Darauf ließ man sich in Berlin nicht ein. Man wollte ein Wahlversprechen umsetzen, indem man es allein auf die Kommunen abwälzt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich komme noch einmal zu dem Inhalt des Tagesbetreuungsausbaugesetzes. Die Vorgabe ist, bis 2010 für Kinder im Alter unter drei Jahren und im schulpflichtigen Alter ein bedarfsgerechtes Angebot an Plätzen in Tageseinrichtungen und in Kinderpflege vorzuhalten. Dies ist verbindlich. Das Tagesbetreuungsausbaugesetz schreibt die Vermittlung des Kindes zu einer geeigneten Tagespflegeperson, deren fachliche Beratung, Begleitung und weitere Qualifizierung vor. Die Richtlinien zur Förderung und Betreuung von Kindern durch Tagespflegepersonen im Land Bremen beinhalten bereits Vorgaben zur fachlichen Eignung und zur Qualifizierung der Tagespflegepersonen. Wir brauchen hier keine Aufforderung durch den Bund.

Soweit das geforderte Angebot gegenwärtig nicht gewährleistet ist, kann der öffentliche Träger der Jugendhilfe den stufenweisen Ausbau bis 2010 beschließen. In diesem Fall sind die örtlichen Träger, das heißt die Ämter Bremen und Bremerhaven, verpflichtet, im Rahmen der Jugendhilfeplanung jährliche Ausbaustufen zu beschließen, jährlich zum 15. März den aktuellen Bedarf zu ermitteln und den jeweils erreichten Ausbaustand festzustellen.

(Abg. Frau Linnert [Bündnis 90/Die Grünen]: Aber dass das Geld kostet, sind wir uns einig?)

Warten Sie erst einmal!

In Bremen werden rund 97 Prozent, in Bremerhaven 92,2 Prozent der Drei- bis Sechsjährigen in Tageseinrichtungen betreut. Hier haben wir bereits eine hohe Quote und größere Flexibilisierung des Betreuungsumfangs eingeleitet. Das vorhan-

dene Platzangebot entspricht theoretisch der Anzahl der nachgefragten Plätze. In der Praxis liegt aber das gegenwärtige Angebot an Teilzeit- und vor allem an Ganztagsplätzen unter dem Bedarf.

Die Altersgruppe der Null- bis Dreijährigen wird außer in Einrichtungen auch von Tagespflegepersonen betreut. Soweit es sich um Tagespflegestellen handelt, die durch die Jugendämter vermittelt werden, stehen in der Stadtgemeinde Bremen 620 Plätze, das heißt rund 4,6 Prozent, in Bremerhaven 21 Plätze, zirka 0,2 Prozent, zur Verfügung.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, angesichts des hohen Betreuungsanteils durch Elternvereine will ich auf das unterschiedliche Selbsthilfepotential in den Stadtteilen hinweisen. Nicht überall wird es möglich sein, auf elterliches Engagement zu bauen. Wir wollen den vorrangigen Ausbau der Plätze für unter Dreijährige.

Lassen Sie mich noch abschließend sagen, für die CDU-Fraktion in diesem Haus gilt: Wir können nicht beim Ausbau von Betreuungseinrichtungen stehen bleiben! Gerade vor dem Hintergrund der demographischen Entwicklung müssen Eltern unterstützt werden, damit sie Familie und Erwerbstätigkeit besser miteinander vereinbaren können. - Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Pietrzok.

Abg. **Pietrzok** (SPD): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich will kurz vorab, bevor ich zu unserem Antrag eine Rede halte, hier mit ein paar Sachen aufräumen. Das eine, was ich gehört habe, ist, dass die CDU den Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz durchgesetzt habe. Das entspricht nicht der Realität, sondern der Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz ist in Deutschland als Gegengeschäft zu einer Verschärfung im Zusammenhang mit dem Paragraphen 218 etabliert worden und keinesfalls auf Wunsch der CDU entstanden.

(Beifall bei der SPD)

Eine weitere Klarstellung dann im Hinblick auf die Frage, ob hier Politikbereiche gegeneinander ausgespielt werden! Dazu hat Herr Crueger vorhin etwas gesagt und Frau Krusche auch schon einmal vorher in ihrer Rede. Ich will deutlich sagen, wenn man Regierungspolitik macht und ein begrenztes Budget hat, dann besteht Politik darin, dass man versucht, eine Abwägung zu treffen und sie auch in finanzpolitischer Hinsicht abzubilden

und Schwerpunkte zu setzen. Natürlich stehen sich da verschiedene Bereiche als Konkurrenten gegenüber. Das ist die politische Wahrheit, mit der sich auch die Opposition anfreunden muss, denn das ist eine Auseinandersetzung, der man sich immer stellen muss.

Natürlich haben wir solche Debatten auch innerhalb unserer Partei und innerhalb unserer Fraktion alle naselang. Ob die Frage Kulturhauptstadt Europas mit dem gleichen Budget fortgesetzt werden kann, ob das so einfach gemacht werden kann, ist natürlich unsere Auseinandersetzung, die wir in der Frage haben. Insofern muss man einfach feststellen, der Begriff des Auspielens konstruiert einen Vorwurf, der so nicht realistisch ist. Verschiedene Politikfelder konkurrieren miteinander um Ressourcen.

Herr Crueger, die Frage des Kanzlerbriefs ist doch nicht eine Frage, die die reale Haushaltssituation Bremens hier so beeinflusst hätte! Hätte Bremen dieselbe Strategie im Hinblick auf die Bundesregierung und die Steuerreform verfolgt wie das Land Schleswig-Holstein, rotgrün regiert, hätten wir hier in diesem Land doch nicht einen Euro mehr. Die Mär, dass wir deswegen hier in Bremen pleite sind, weil der Brief nicht eingelöst worden ist, sollten Sie hier nicht weiter erklären, sondern man muss ganz deutlich sagen, wir haben eine dramatische Finanzsituation, und sie wird durch die Minderausgaben durch die Hartz-Reform nur geringfügig gemildert, und das ist die politische Ausgangslage, innerhalb der wir hier beraten müssen.

Wenn wir uns jetzt mit der Frage auseinander setzen, wie wir mit der besseren Betreuungssituation umgehen, dann tun wir das doch vor dem Hintergrund, dass wir in Deutschland eine dramatische Situation haben. Der europäische Vergleich sagt, dass wir im Hinblick auf die Geburtenraten mittlerweile den letzten Platz haben in Deutschland. Spanien hat uns inzwischen überholt im Hinblick auf die Geburtenraten. Wir stellen fest, dass insbesondere die Mittelschichten sich nahezu komplett vom Kinderbekommen abgemeldet haben, insbesondere in den Großstädten. Die Akademikerinnen haben nicht mehr die Absicht, Kinder zu bekommen, weil sich das nicht vereinbaren lässt.

Wir stellen fest, dass immer mehr Kinder dringend eine Betreuungsstruktur brauchen, weil die Familien oft nicht mehr diese Struktur bieten können, die sie eigentlich benötigen, und das ist doch die große jugendpolitische Herausforderung unseres Landes, aber da muss man doch einmal ganz deutlich sagen, diese Bundesregierung hat als erste Bundesregierung überhaupt diese Aufgabe wirklich angenommen und gesagt, wir müssen ei-

nen Weg finden, wie wir den Kommunen Geld zu spielen können, das sie dann für die Betreuung einsetzen können.

(Beifall bei der SPD)

Das ist doch eine ganz schwierige Konstruktion. Wie Sie vielleicht wissen, ist das verfassungsrechtlich nicht möglich, einfach direkt vom Bund an die Kommunen Geld zu überweisen. Deswegen muss man sich irgendeine Geschichte überlegen, bei der die Länder nicht einen großen Teil des Geldes für sich einbehalten. Die Bundesregierung hat den Weg gewählt, der OECD zu folgen und im Hinblick auf die Sozialleistung eine Umsteuerung zu machen, die sich so auswirkt, dass die Kommunen Minderausgaben haben. Mit den Minderausgaben wurde eine gesetzliche Festschreibung gemacht und gesagt, gebt dieses Geld auch tatsächlich für die Kindertagesbetreuung aus. Anders kann man meiner Meinung nach eine zukunftsorientierte Politik nicht organisieren. Wenn man nämlich ein solches Gesetz nicht beschlossen hätte, wäre für die Kommunen dabei herausgekommen, dass die Städte in Deutschland immer mehr Kreisverkehre bauen von dem Geld, es aber nicht in die Zukunft investieren, so wie es die Bundesregierung vorgehabt hat.

Das ist meiner Meinung nach der fortschrittliche Aspekt der Bundesregierung. Wir sind doch in der Situation, jetzt einmal ehrlich, wenn die Kommune Bremen nicht dieses Tagesbetreuungsausbaugesetz der Bundesregierung hätte, würden wir einen Ausbau jetzt in dieser Finanzlage überhaupt nicht zuwege bringen.

(Präsident Weber übernimmt wieder den Vorsitz.)

Ich als Jugendpolitiker sage ganz deutlich, dieses Bundesgesetz stärkt mein Durchsetzungsvermögen und macht erst möglich, dass wir hier weiter nach vorn kommen.

(Beifall bei der SPD)

Sie haben jetzt hier einen Antrag, der noch einmal deutlich macht, worum es geht, nämlich um die politischen Schwerpunktsetzungen. Bremen soll kinderfreundlicher werden. Wir wollen im Hinblick auf die Geburtenrate eine Antwort finden, wir wollen Kinder frühzeitiger an Lernprozessen teilhaben lassen. Wir wollen die Erwerbsarbeit von Frauen fördern, und wir wollen die Familien entlasten. Dazu machen wir dieses Programm, und wir sagen ganz deutlich, dass wir das analog zu anderen Großstädten wollen. Das ist eine Formulierung, die im Grunde genommen relativ schwammig ist, weil wir noch nicht genau wissen, in welchen Schritten die Großstädte hinterherge-

hen. Wir sagen aber, obwohl wir schwierige Probleme in Bremen haben, wollen wir vergleichbaren Großstädten nicht hinterherhinken. Wenn man ehrlich ist an dieser Stelle, muss man aber sagen, einigen vergleichbaren Großstädten hinken wir schon jetzt hinterher.

Wenn ich Ihnen jetzt sagen könnte, wir realisieren die Versorgung der Null- bis Dreijährigen in Berlin, von mir aus auch sogar in Westberlin, weil der Osten ohnehin Sonderstatus hat, oder wir realisieren die Quoten, die wir in Hamburg haben, dann könnten wir jetzt hier Feierabend machen, denn die haben nämlich schon längst die 20 Prozent realisiert. Ich gebe aber gern zu, andere Großstädte wie Frankfurt oder auch München haben eben einen deutlich schlechteren Versorgungsgrad als Hamburg. Insofern müssen wir uns einem solchen Vergleich so stellen, dass es auch einigermaßen angemessen wird, aber deutlich geworden ist hier, dass wir gegenüber anderen Großstädten nicht hinterherhinken wollen, auch wenn wir eine besondere Finanzlage haben, und das ist in diesen Zeiten meiner Meinung nach ein positives politisches Signal.

Zu dem Finanzierungsvorschlag von Herrn Crueger muss ich aber auch noch einmal etwas sagen, weil er hier deutlich gemacht hat, dass wir die sinkenden Kinderzahlen von 150 Kindern pro Jahr in diesen Ausbau einsetzen können. Das ist finanziell eine schwierige Geschichte, das versuche ich dem Finanzsenator Nußbaum auch immer zu erklären, weil er die Auffassung, die Sie haben, teilt, allerdings das Geld dann noch einmal anders verplant. In Wahrheit ist es aber so, dass Bremen an der Stelle genau dasselbe Problem hat wie Borussia Dortmund. Borussia Dortmund hat die Einnahmezahlen für ihr Stadion für die nächsten zehn Jahre schon verbucht. Wir haben schon längst die sinkenden Kinderzahlen eingebucht in das Beschäftigungs- und Qualifizierungsprogramm als Eigenanteil der Kommune und haben deswegen gar nicht mehr die Verfügbarkeit.

(Beifall bei der SPD)

Insofern, denke ich, ist das eine sinnvolle politische Kompromisslinie, hier zu sagen, wir folgen dem Großstädtevergleich, wir werden nicht hinterherhinken, die Betreuung der Null- bis Dreijährigen wird ausgebaut. - Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Crueger.

Abg. **Crueger** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Zunächst einmal möchte ich den Fraktionen sagen, dass ich es sehr wohl anerkenne, dass es offenbar gerade bei der SPD eine große Bereitschaft gibt, die drückt sich auch in ihrem Antrag aus. Wir bleiben zwar dabei, dass es immer noch, finanzpolitisch einmal in Klammern gesetzt, einen Unterschied gibt zwischen Abwehrschlachten und Schlachten, in denen man den Bären erst noch erlegen muss. Diesen Bären zu erlegen wird in der Tat eine große Herausforderung werden.

Ich bleibe dabei, dass durchaus auch der Nimbus des Kanzlerbriefes seine Rolle spielen mag, wenn wir es hinbekommen sollten, wenn aus der Koalition die Durchsetzungskraft kommt, dass man mit den Hartz-Ersparnissen oder von mir aus auch mit anderem Geld wirklich mit einem Konzept bis 2010 kontinuierlich die Schritte aufzeigt, woher das Geld kommt, in welchen Schritten wir es ausbauen, und dann auch unser Ziel erreichen, darin sind wir uns alle einig.

Unser Antrag geht an dieser Stelle weiter. Wir werden aber Ihren Antrag auch mittragen. Wir finden ihn in der Sache wichtig und hoffen, dass auch diese Debatte heute, gerade in einer Zeit, in der die Sozialpolitiker es oftmals schwer haben, sich gegen andere Politikbereiche im allgemeinen Sparkonzert durchzusetzen, noch einmal einen gewissen Pfeiler eingeschlagen hat und dass das, was sich unter dem Stichwort PEP-Quote noch so alles Nettos verbirgt, uns nicht in den nächsten Monaten allzu ernsthaft beschäftigen wird, denn dann hätten wir noch ganz andere Debatten als die, die wir heute führen, und auch noch einen ganz anderen Tonfall als den, den wir heute hier anschlagen müssen. - Ich bedanke mich!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Weber: Als nächste Rednerin hat das Wort Frau Senatorin Röpke.

Senatorin Röpke: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Dies ist einmal ein Debattenpunkt, bei dem große Einmütigkeit im Hause festzustellen ist trotz unterschiedlicher Nuancen. Aber auch der Antrag der großen Koalition zeigt, dass erkannt ist, dass es ein wichtiges gesellschaftliches Problem ist, das angepackt werden muss, die bedarfsgerechte Betreuung der unter Dreijährigen, wo wir in der Tat Schlusslicht sind im europäischen Umfeld, wo wir Schlusslicht sind auch gegenüber den neuen deutschen Bundesländern.

Wir haben einen dringenden Aufholbedarf, nicht nur mit Blick auf die frühkindliche Bildung, sondern auch mit Blick auf die Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Viele junge qualifizierte Frauen, wo auch die Gesellschaft viel Geld in die Hand

genommen hat, um ihnen ein Studium zu finanzieren, haben schlicht und einfach, auch bei uns in Bremen, nicht die Chance, ihre berufliche Perspektive kontinuierlich zu entwickeln und mit der Familienarbeit unter einen Hut zu bringen. Da müssen wir dringend etwas tun, und deswegen begrüße ich auch ausdrücklich, dass die Bundesregierung das Tagesbetreuungsausbaugesetz beschlossen hat. Ich begrüße ausdrücklich, dass unsere Bundesfamilienministerin Renate Schmidt unter anderem dieses Thema in der Familienpolitik nach vorn gebracht hat, auch öffentlich mit großer Verve besetzt hat und in kurzer Zeit unglaublich viel bewegt hat!

(Beifall bei der SPD)

Wir haben in Bremen, das ist schon gesagt worden, im Vergleich zu den westdeutschen Bundesländern eher einen Mittelplatz. Es kommt immer darauf an, womit man sich vergleicht, Hamburg und Berlin sind deutlich besser, andere Städte deutlich schlechter als wir. Wir haben zurzeit in Bremen-Stadt in den Einrichtungen oder Eltern-Kind-Vereinen eine Versorgungsquote von sechs Prozent, ohne Spielkreise, in der Tagespflege von 4,6 Prozent, also ungefähr liegen wir bei zehn Prozent. Das Bundesgesetz geht davon aus, dass ein Bedarf von durchschnittlich 20 Prozent angenommen wird. Wir wissen aber auch, dass die Großstädte natürlich einen höheren Bedarf haben als ländliche Räume.

Das ganze Programm ist so von der Bundesregierung im Gesetz angelegt, dass es einen stufenweisen Ausbau ermöglicht. Ich bin sehr froh, dass es mit diesem Antrag der Koalition jetzt tatsächlich auch deutlich geworden ist, dass dieser stufenweise Ausbau angegangen werden soll. Ich bin mir ganz sicher, dass das absolut der richtige Weg ist. Ich kann mir auch gut vorstellen, dass wir die Spielräume, die Ansätze, die in dem Antrag skizziert sind, durchaus nutzen werden. Demographische Spielräume, das ist schon von Herrn Pietrzok gesagt worden, haben wir anderweitig verplant, für das Qualifizierungsprogramm. Das schließt aber nicht aus, dass die Möglichkeiten, die jetzt in den vorhandenen Einrichtungen sind, Optionen eröffnen für altersgemischte Gruppen. Das ist eine Tendenz, die sich auch in der Frühpädagogik deutlich durchsetzt, das begrüße ich ausdrücklich. Nur, zurzeit, Herr Crueger, das wissen Sie auch, darüber haben wir mehrfach diskutiert, fehlt uns schlicht und einfach das Geld, die durchaus vorhandenen Bedarfe, die Anträge, die uns vorliegen, auch entsprechend positiv bescheiden zu können.

Wir haben eine bunte, vielfältige Landschaft der Eltern-Kind-Gruppen hier in Bremen, und ich wür-

de mir wünschen, dass es gelingt, wenn wir das Ausbauprogramm entwickeln, auch noch mehr Eltern-Kind-Gruppen zu motivieren, weil es beinhaltet, dass Eltern auch direkt in die Arbeit mit ihren Kindern einbezogen sind. Es passiert unheimlich viel in diesen Gruppen, und Eltern arbeiten unglaublich engagiert an den unterschiedlichsten Stellen mit. Das hat Frau Speckert auch schon gesagt, es wird nicht in allen Stadtteilen möglich sein, weil die Selbsthilfekompetenz nicht in allen Stadtteilen vorhanden ist. Darüber muss man sich ganz klar sein, dass es auch notwendig ist, bestimmte Einrichtungen dann noch zu schaffen.

Neu an dem Bundesgesetz sind auch die deutlich bessere Qualifizierung und die fachliche Beratung durch die Tagespflege. Wir sind in Bremen schon sehr gut aufgestellt. Neu ist aber, das möchte ich noch einmal herausheben, dass künftig für die Tagespflege Beiträge für die Unfallversicherung und Beiträge für die Alterssicherung der Personen, die Tagespflege betreiben, zu 50 Prozent erstattet werden sollen. Das ist ein wichtiger Schritt, um auch diese Betreuungsmöglichkeit zu unterstützen. Ich denke, dass wir geeignete Personen motivieren sollten. Es ist sinnvoll, dieses Angebot, das unter Umständen auch sehr flexibel sein kann, wenn es darum geht, kurzfristig Frauen einen Betreuungsplatz für ihr Kind zu geben, wenn sie Arbeit aufnehmen wollen, auszubauen und zu entwickeln.

Ich würde mir deutlich mehr Betriebe wünschen, die das Thema frühkindliche Bildung und Betreuung zu ihrer Chefsache machen. Es ist in einigen Führungsetagen angekommen, aber leider längst noch nicht in allen. Auch das Unternehmen muss Interesse daran haben, dass gut qualifizierte Mitarbeiterinnen eine Möglichkeit haben, Familie und Beruf unter einen Hut zu bringen. Auch das Unternehmen hat ein betriebswirtschaftliches Interesse daran, dass Qualifizierungsmaßnahmen, in die es Mitarbeiterinnen gesteckt hat, sich auszahlen und nicht lange Fehlzeiten oder Auszeiten in den Betrieb hineinschlagen. Da ist unsere Szene in Bremen in den Unternehmen noch etwas zurückhaltend, aber auch da ist einiges in Bewegung, wenn ich an das Audit für Familie und Beruf denke. Also, Aufforderung an die Unternehmen, sich einzubringen, betriebsnahe Angebote zu schaffen, aber auch mitzufinanzieren!

Ich glaube, dass es nicht unbedingt ein Selbstläufer wird, wenn ich an die Finanzierung der zusätzlichen Angebote denke. Ich teile das, was Herr Crueger gesagt hat, wir haben einerseits natürlich die Option über das Bundesgesetz, das davon ausgeht, dass 1,5 Milliarden Euro bundesweit dafür aus Hartz zur Verfügung gestellt werden sollen. Andererseits verfolgen wir jetzt schon, wie un-

terschiedlich die Einschätzungen von Bund, Ländern und Kommunen sind, was Bedarfe auf der einen Seite und Entlastungen auf der anderen Seite sind. Wir werden noch viel Spaß haben in den Revisionsverhandlungen mit dem Bund, schätze ich einmal, aber das heißt nicht, dass wir von vornherein unsere Position aufgeben. Im Gegenteil, wir werden nicht nur für diesen Bereich, sondern für alle unsere Positionen selbstverständlich dafür antreten, dass der Bund seinen Verpflichtungen, die er sich auferlegt hat, die auch garantiert worden sind, nachkommt. Ich gehe davon aus, dass die Bundesregierung dann auch ihre Verpflichtungen erfüllt.

In den Haushaltsberatungen müssen wir dann, und ich bin sehr froh, dass wir diesen Antrag jetzt haben, alle gemeinsam dafür antreten, dass dieses Finanzierungskonzept auch tatsächlich mit entsprechenden Mitteln hinterlegt wird, damit wir den Ausbau angehen können. - Danke schön!

(Beifall bei der SPD)

Präsident Weber: Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Ich lasse zuerst über den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen abstimmen.

Wer dem Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit der Drucksachen-Nummer 16/300 S seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür Bündnis 90/Die Grünen)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen SPD und CDU)

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft lehnt den Antrag ab.

Ich lasse nun über den Antrag der Fraktionen der SPD und der CDU abstimmen.

Wer dem Antrag der Fraktionen der SPD und der CDU mit der Drucksachen-Nummer 16/304 S seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft stimmt dem Antrag zu.

(Einstimmig)

**Bericht des Petitionsausschusses Nr. 31
vom 1. März 2005
(Drucksache 16/301 S)**

Dazu als Vertreter des Senats Herr Senator Eckhoff.

Eine Aussprache ist hierzu beantragt worden.

Die Beratung ist eröffnet.

Als erste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Dr. Mathes.

Abg. Frau **Dr. Mathes** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte, muss und werde begründen, warum wir Grünen der ablehnenden Empfehlung des Petitionsausschusses nicht zustimmen. Der Petitionsausschuss hat die Eingabe Nummer S 16/131 mehrheitlich mit den Stimmen von SPD und CDU abgelehnt. Wir Grünen sind im Gegenteil der Meinung des Petenten und fordern das Gleiche wie dieser. Das heißt, auch wir sind für einen vorsorgenden Gesundheitsschutz.

Im Einzelnen wollen die Grünen und der Petent, dass ein Moratorium ausgesprochen wird, und zwar dahingehend, keine weiteren UMTS-Antennen in Betrieb zu nehmen, und zwar so lange, bis eine Begleitforschung und Folgenabschätzung für die Stadt Bremen sichergestellt ist.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Meine Damen und Herren, es geht uns also darum innezuhalten, keine weiteren Mobilfunkmasten aufzubauen und in Betrieb zu nehmen, bevor nicht gewährleistet ist, dass mögliche gesundheitliche Beeinträchtigungen auch rechtzeitig erkannt werden können. Es ist erforderlich, zu beobachten, welche Auswirkungen die elektromagnetischen Felder auf die Bremer Bevölkerung haben.

Auf der Grundlage des Vorsorgeprinzips ist das nämlich ein Muss, denn es gibt viele Hinweise auf gesundheitliche Auswirkungen von elektromagnetischen Feldern, wenn es hier auch kein gesichertes Wissen gibt. Das Spektrum der vermuteten Wirkungen ist ähnlich breit wie das bei Umweltchemikalien, es reicht von Schlafstörungen über allergene Reaktionen bis hin zu Krebs.

Gesichertes Wissen aber in dem Sinne, dass die geltenden Grenzwerte justitiabel gesenkt werden können, gibt es nicht. Daher hat die Bundesregierung ein deutsches Mobilfunkforschungsprogramm initiiert, das mit 17 Millionen Euro gefördert wird. Dazu heißt es auf der Internetseite zu diesem Forschungsprogramm emf.forschungsprogramm.de ich zitiere: „Die hochfrequenten elektromagnetischen Felder, die zum Beispiel in der Umgebung von Sendeanlagen wie Funktürmen und Mobilfunkbasisstationen oder beim Gebrauch von mobilen Endgeräten, also Handys, auftreten, stehen in Verdacht, gesundheitliche Auswirkungen auf den Menschen zu haben. Es liegen einzelne Hinweise auf biologische Wirkungen auch bei Intensitäten unterhalb der in Deutschland geltenden Grenzwerte vor.“ Soweit zur Begründung für das Forschungsprogramm, das durch die Bundesregierung gefördert wird auf dieser offiziellen Website zu dem Forschungsprogramm!

Auch in anderen europäischen Ländern und international werden Forschungsprogramme zu gesundheitlichen Auswirkungen des Mobilfunks durchgeführt. Das internationale Forschungsprogramm wird von der WHO, der World Health Organisation, koordiniert. Als Begründung für die Durchführung dieses weltweiten Forschungsprogramms wird unter anderem genannt, dass es Handys und Basisstationen erst zu kurze Zeit gibt, um mögliche Langzeitwirkungen ausschließen zu können.

Obwohl also zurzeit sowohl national als auch auf europäischer Ebene, als auch international Forschungsprogramme laufen, weil es erhebliche Unsicherheiten bei der Beurteilung und Bewertung der Gesundheitswirkungen von Mobilfunksendeanlagen und Handys auf Menschen gibt, obwohl also diese erheblichen Unsicherheiten existieren und deswegen Millionen für Forschung ausgegeben werden, heißt es als Begründung für die Ablehnung der Petition, und hier zitiere ich mit Erlaubnis des Präsidenten: „Vor dem Hintergrund der gesicherten wissenschaftlichen Erkenntnisse kann der Ausschuss auch unter der Berücksichtigung der vom Petenten genannten Studien und im Hinblick auf die gesundheitlich vorsorgenden Maßnahmen bei der Auswahl der Antennenstandorte keine Notwendigkeit für das vom Petenten geforderte Moratorium erkennen.“ Soweit zur Begründung der Ablehnung dieser Petition!

Meine Damen und Herren von SPD und CDU, Sie können doch im Ernst dieser Aussage - ich wiederhole sie noch einmal: gesicherte wissenschaftliche Erkenntnisse - nicht zustimmen! Das wäre wirklich gegen jedes Wissen, das diese Gesell-

schaft hat, warum sie Millionen in Forschung steckt.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Eine weitere Aussage im Beschlussvorschlag setzt dem aber noch eines oben darauf. Es ist wissenschaftlich und hier insbesondere aufgrund wissenschaftstheoretischer Erkenntnisse völliger Unsinn, was dort steht. Ich zitiere wieder mit Erlaubnis des Präsidenten: „Die Ergebnisse der vom Petenten erwähnten REFLEX- und TNO-Studie sind Indizien für mögliche Effekte von UMTS-Feldern bei Intensitäten unterhalb der bislang gesetzlich festgelegten Grenzwerte. Einen Beweis für eine gesundheitsschädigende Wirkung liefern sie nicht.“ Soweit auch hier wieder zur Begründung für die Ablehnung der Petition durch die große Koalition!

Meine Damen und Herren, es ist richtig, dass die Ergebnisse der genannten Studien keinen Beweis liefern. Das können sie aber per se gar nicht. Wer eine solche Aussage trifft, muss ich ehrlich sagen, der hat entweder keine Ahnung, oder er möchte die Bevölkerung in die Irre führen. Wichtig und richtig ist vielmehr, die genannten Studien weisen darauf hin, dass mehr denn je Anlass zum Handeln besteht, und zwar Anlass zum Handeln im Sinne der Petition. Das sagen nämlich genau diese neueren wissenschaftlichen Erkenntnisse auf der Grundlage des Vorsorgeprinzips, denn weil es mit den wissenschaftlichen Erkenntnismöglichkeiten prinzipiell keine Beweisbarkeit gibt, und zwar weder der Schädlichkeit noch der Unschädlichkeit, weil dem so ist, weil man es auch wissenschaftstheoretisch belegen oder untermauern kann, wurde das Vorsorgeprinzip eingeführt.

Meine Damen und Herren, es hat sich ja auch leider empirisch bestätigt, beziehungsweise auch die leidvollen Erfahrungen unserer Gesellschaft haben diese Notwendigkeit bestätigt, es ist also nicht nur theoretisch, sondern leider auch empirisch so belegt, wenn Sie sich an die leidvollen Erfahrungen, die mit Lindan und PCP in Holzschutzmitteln gemacht wurden, an die ganze Geschichte von Asbest erinnern, all dies sind leidvolle Erfahrungen, es mussten Tausende sterben, bevor gehandelt wurde! Das ist einer humanen Gesellschaft nicht würdig, und so etwas muss in Zukunft verhindert werden!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Daher müssen Hinweise auf Gesundheitswirkungen ausreichen, um zu handeln, oder hier vielleicht auch noch einmal bildlich gesprochen, auch wenn es weder dunkel noch hell ist, es muss ver-

hindert werden, dass das Kind in den Brunnen fällt.

Obwohl, wie gesagt, hier entsprechend große Unsicherheiten vorhanden sind, hat die Baudeputation gerade am 10. März beschlossen, die letzte Stufe des Ausbaus der UMTS-Sendeanlagen vorzunehmen. Hier handelt es sich überwiegend um die kritischen Standorte, nämlich die Standorte, die mitten in Wohngebieten liegen. Damit, meine Damen und Herren, ist ganz klar, die Bremer Bürgerinnen und Bürger sind auf jeden Fall Versuchskaninchen, da man nämlich weder in Tierversuchen noch in anderen reduzierten biologischen Systemen die Wirklichkeit genau abbilden kann.

(Glocke)

Ich komme zum Schluss, Herr Präsident!

Wir Grünen wünschen uns, dass man all das, was ich hier versucht habe, noch einmal zusammenzufassen, ernst nimmt und dass Sie unserem Votum folgen, dass Sie ebenso wie wir der Petition zustimmen und dafür Sorge tragen, dass es in Bremen epidemiologische Begleitforschung bei der Einführung der UMTS-Sendemasten gibt. - Danke schön!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Weber: Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Imhoff.

Abg. **Imhoff (CDU)*:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Frau Dr. Mathes, ich möchte Ihnen hier erst einmal applaudieren. Tolle Rolle, die Sie spielen! Schauspielerisch eine gute Leistung, doch leider steht Ihnen die Rolle als Rächer der Enterbten nicht so gut. Warum das nicht so sein wird, werde ich in meinem Beitrag auch darstellen.

Meine Damen und Herren, wir haben ja schon öfter über die UMTS-Sendemasten und über die Strahlung gesprochen. In meiner ersten Rede zu dem Thema - ich habe es extra noch einmal nachgelesen - habe ich hier schon damals gesagt, dass wir dieses Programm mit Fingerspitzengefühl begleiten werden, dass wir genau schauen werden, was dort geschieht. Das haben wir auch getan.

Wir haben damals einen Arbeitskreis gebildet, in dem die Gesundheitssenatorin, in dem eine ganze

*) Vom Redner nicht überprüft.

Palette von Fachleuten dabei ist. Wir haben Öffentlichkeitsarbeit betrieben über das Internet, über Flyer et cetera, so viele Sachen! Wir haben sensible Standorte gemieden. Wir haben die Beiräte beteiligt. Wir haben jeden einzelnen Standort diskutiert und genau ausgelotet. Wir haben bei zu hohen Werten von Sendeanlagen die Standorte geändert oder die Strahlung reduziert. Zu all dem verpflichtet uns das geltende Gesetz nicht! Das haben wir getan, um vorsorgenden Gesundheitsschutz zu betreiben, um die Menschen in unserer Stadt mit einzubeziehen. Mit diesem Verfahrensweg sind wir bundesweit beispielhaft vorangegangen, und das müssen Sie einfach einmal zur Kenntnis nehmen! Ich denke, das ist etwas, das uns allen gut zu Gesicht steht.

(Beifall bei der CDU)

Was sind jetzt die Ergebnisse unserer Bemühungen? Erstens: Alle Standorte haben weniger als zehn Prozent der deutschen Grenzwerte überschritten. Das ist ein ganz tolles Ding, das wir geschafft haben.

(Abg. Frau Reichert [SPD]: Unterschritten!)

Unterschritten, Entschuldigung, unterschritten!

Nur wenige Standorte sind überhaupt über die Grenzwerte der Schweizer gegangen. Die Schweizer haben wesentlich höhere Grenzwerte, und das fordern Sie ja immer ein. Ich glaube, es sind nur zwei Standorte.

Ich kann natürlich auch die Sorgen der Menschen verstehen. Wer möchte nicht gesund leben? Wer möchte Sachen ausgesetzt sein, mit denen er nicht direkt etwas zu tun hat? Ich kann es vollkommen nachvollziehen. Ich kann für mich und meine Fraktion nur sagen, wir werden weiterhin, wie wir es bis jetzt getan haben, versuchen, nach den geltenden Gesetzen alles dafür zu tun, uns für die Menschen hier mit vorsorgendem Gesundheitsschutz einzubringen. Das können Sie nicht eben einmal dadurch, dass Sie Ängste schüren, so wegstreichen.

Was Sie eigentlich wollen, Frau Mathes, wäre, eine UMTS-freie-Zone. Das steht eigentlich am Ende, wenn man Ihren Gedanken so weiterspinnt. Doch selbst das lässt ja nicht einmal unser Bundesgesetz zu und ist insofern auch überhaupt nicht relevant.

Kommen wir eben noch einmal zu den Petitionen! Es ist ja parlamentarischer Brauch, dass, wenn eine Petition vorliegt, darüber keine Abstimmungen gemacht werden. Das haben wir auch so in der Umweltdeputation und in der Baudeputation

gemacht. Wir haben die Tagesordnungspunkte ausgesetzt, wir haben sie diskutiert. Wir haben alles dafür getan, dass diese Petitionen vernünftig abgehandelt werden und erst danach entscheiden. Wir können uns natürlich auch nicht von einer vollkommen allgemein gefassten Petition zur Handlungsunfähigkeit treiben lassen. Diese Petition hätte in den Bundestag gehört. Insofern passt es überhaupt nicht, wenn Sie heute sagen, wir müssten dieser Petition zustimmen, weil es einfach nicht so ist.

In diesem Rahmen möchte hier noch einmal dem Petitionsausschuss danken, denn keiner hat sich in der Gesamtheit so ausführlich mit dem Thema beschäftigt wie der Petitionsausschuss. Das ist eine ganz tolle Sache, und hierfür sage ich herzlichen Dank!

(Beifall bei der CDU)

Genauso möchte ich Herrn Lecke-Lopatta und der Verwaltung danken, die in unzähligen Einzelgesprächen - ich glaube, ich selbst hätte die Geduld verloren - mit Menschen vor Ort, mit Beiräten, mit Betroffenen, mit Mobilfunkbetreibern, in öffentlichen Anhörungen, an privaten Abenden von Pontius bis Pilatus gegangen ist, um die Menschen aufzuklären, um mit ihnen vernünftige Standorte auszuloten. Das ist hier lobenswert, und das muss man auch einmal festhalten.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich noch einmal erläutern, was mich so richtig an den Grünen ärgert!

(Heiterkeit - Abg. Focke [CDU]: Das dauert ja bis morgen früh! - Abg. Frau Linnert [Bündnis 90/Die Grünen]: So viel Zeit haben wir nicht!)

Ich könnte hier noch ein paar Tage reden, wenn wir so wollen! Nein! Deswegen habe ich es ja auch eben mit dem Rächer gesagt! Die Grünen möchten dieser Petition zustimmen und ein Moratorium einrichten. Was heißt das? Das heißt also eine Gesprächsrunde, die unter anderem auch die Forschungsergebnisse bewertet und für Bremen begleitet, und dass momentan keine Antennen mehr aufgestellt werden! Dabei wissen Sie, die Grünen, doch genau, dass für die Forschung die Bundesregierung in der Verantwortung steht, denn die Bundesregierung hat 100 Milliarden für die UMTS-Lizenzen bekommen.

Ich selbst würde mich, wenn ich in der Bundesregierung wäre, schämen, wenn ich für 100 Milliarden, die ich bekommen habe, ein Förderprogramm auflege, das nur 17 Millionen Euro kostet,

wovon - und das haben Sie ja zufälligerweise vergessen - nur 8,5 Millionen von der Bundesregierung bezahlt werden. Ich würde mich schämen. Wenn Sie sagen, wir müssen sofort mit dem Aufbau des Netzes aufhören, dann frage ich mich: Warum hat denn die Bundesregierung bei der Lizenzvergabe festgeschrieben, dass es bis 2005 in Deutschland 50 Prozent Netzabdeckung geben muss? Dann müssen Sie zu Ihrer Bundesregierung gehen! Sie fordern, dass erst geforscht werden muss. Nein, das passt nicht!

(Beifall bei der CDU)

Genauso wenig passt, wenn Sie sagen, dass die Grenzwerte zu hoch sind. Ihr Bundesumweltminister, Herr Trittin, hat die Grenzwerte doch festgelegt in der 26. Bundesimmissionsschutzverordnung! Was Ihr Bundesminister, Ihr Bundesumweltminister zu diesen Grenzwerten sagt, möchte ich mit Genehmigung des Präsidenten, hier noch einmal aus einer Kleinen Anfrage des Bundestages zitieren. Auf die Frage, ob aus Sicht der Bundesregierung ein Herabsetzen der Grenzwerte erforderlich ist und ob die Grenzwerte sinnvoll sind, sagt die Bundesregierung: „Die in Deutschland mit der 26. Verordnung zur Durchführung des Bundesimmissionsschutzgesetzes festgelegten Grenzwerte gewährleisten nach den heutigen Kenntnissen den Schutz der Bevölkerung vor nachgewiesenen Gesundheitsschäden.“ Sie behaupten das Gegenteil! Einigen sie sich mit Ihrem Bundesumweltminister!

(Beifall bei der CDU)

Des Weiteren, möchte ich noch einmal gern zitieren, wird gefragt nach der Vorsorge über die Grenzwerte hinaus. Die Antwort ist: „Eine vom Bundesumweltminister veranlasste Prüfung der Strahlenschutzkommission hat darüber hinaus kein relevantes Risiko ergeben, so dass die Einführung von Vorsorgewerten zum gegenwärtigen Zeitpunkt wissenschaftlich nicht gerechtfertigt ist.“ Das passt genauso wenig! Werden Sie sich endlich einig, und gehen Sie zu Ihrem Bundesumweltminister, und machen Sie dort ihre Hausaufgaben, der ist doch auch in Ihrer Partei!

(Beifall bei der CDU)

So, jetzt muss ich erst einmal sehen.

(Zuruf von der SPD: Schönen Dank!)

Nein, ich bin noch nicht fertig! Sie sagen jetzt, was alles so gefährlich ist, und jetzt müssen wir noch einmal auf die Rolle der Grünen hier in Bremen zu sprechen kommen. Anstatt dass Sie uns positiv begleitet hätten und nicht mit Anträgen, die, sage

ich einmal, ein Stück zu weit über das eigentliche Gesetzesmaß hinaus schießen, sind Sie zu den Beiräten gegangen und haben die Beiräte wild gemacht, wild gemacht, das sage ich bewusst hier, weil Sie mit den Ängsten der Leute spielen.

(Beifall bei der CDU - Widerspruch beim Bündnis 90/Die Grünen)

Doch, seien Sie reell! Anstatt in die Beiräte zu gehen, hätten Sie zu Ihrer Bundesregierung gehen müssen!

(Beifall bei der CDU)

Ich möchte die Grünen hier in Bremen bitten: Sprechen Sie in Zukunft nicht mit gespaltener Zunge, und spielen Sie sich nicht als Rächer auf, sondern machen Sie endlich einmal glaubwürdige Politik!

Wir werden alles Erdenkliche, im Gesetzesrahmen Mögliche tun und weiterhin den vorsorgenden Gesundheitsschutz betreiben, auch beim UMTS- und beim Handy-Bereich. Wir haben alle gesetzlichen Möglichkeiten, alle Möglichkeiten, die die Verwaltung hat, alles, was eben möglich war, vom Personalbesatz bis hin zum Gesetz, haben wir hier getan, um Grenzwerte und Strahlungen so weit wie möglich herunterzusetzen, und den Leuten dementsprechend auch einen vorsorglichen Gesundheitsschutz zu bieten. Das machen wir weiterhin. - Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Dr. Schuster.

Abg. **Dr. Schuster** (SPD): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Was ich nicht für den richtigen Stil der Auseinandersetzung halte, ist das, was Sie gerade eben gemacht haben, Herr Imhoff. Ich glaube, es wird der Problematik nicht gerecht, wenn man sagt, das ist doch dein Umweltminister, du musst gefälligst dafür sorgen, dass er eine andere Politik macht, und wenn der etwas sagt, dann darfst du nichts mehr dagegen sagen.

(Abg. Focke [CDU]: Das ist verdächtig, ja!)

Das ist, glaube ich, gar nicht das, worum es geht. Ich finde es auch keinen guten Stil, einer Vertreterin der Opposition Schauspielerverhalten vorzuwerfen. Das wird der Sache gar nicht gerecht!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen - Abg. Focke [CDU]: Zu zimperlich muss man auch nicht sein!)

Man muss nicht zimperlich sein, aber man soll dabei immer den sachlichen Kern treffen, das ist die wesentliche Frage.

Der Kern ist doch das Vorsorgeprinzip. Wir sind uns alle einig, dass unter Umständen vom Mobilfunk und den Strahlen Gefahren ausgehen. Bisher gibt es dafür keine Beweise. Aber das ist ja das, weswegen wir uns damit überhaupt auseinandersetzen, weswegen es in der Bevölkerung Ängste gibt, weil man es nicht weiß. Es gibt genug Beispiele in der Technikentwicklung, wo sich Technologien, die man als nicht problematisch angesehen hat, nach längerer Zeit häufig als sehr problematisch herausgestellt haben und dann ein radikales Umsteuern nötig war. Die Frage ist ja, tun wir genug, damit wir nicht irgendwann, ich glaube es im Moment nicht, dass es jemals so kommen wird, aber unter Umständen irgendwann bei dem Punkt stehen: Oh, hätten wir das doch früher umgedreht, damit wir bestimmte Sachen nicht gemacht haben! Das ist der Kern. Erfüllen wir die Vorsorgepflicht, die wir damit haben?

Wir wissen alle, jede Technik hat ihren spezifischen Nutzen und hat auch ihre spezifischen Gefahren. Die Menschheit akzeptiert bestimmte Gefahren. Das ist letztendlich eine Güterabwägung, was ist gefährlich, was nicht, oder was dennoch realisiert werden soll. Ich nenne nur als einfaches Beispiel das Auto. Es ist eine höchstgefährliche Technologie, wo alle der Meinung sind, wir nutzen sie trotzdem weiter. Insofern muss man diese Abwägung treffen.

Zum Vorsorgeprinzip möchte ich Herrn Imhoff Recht geben, Bremen hat das, was es selbst an Vorsorge betreiben kann, meines Erachtens erfüllt. Wir versuchen, die Standorte im Rahmen unserer Möglichkeiten entsprechend zu beeinflussen. Wir haben als Erfolg, dass wir deutlich unter den deutschen Grenzwerten, was allerdings kein großer Erfolg ist, denn, die sind hoch, da kann man eigentlich gar nicht darüber kommen, aber eben auch, zum größten Teil deutlich unter den Grenzwerten sind, die auch von Kritikern als Vorsorgegrenzwerte genannt werden. Das erreichen wir, das finde ich eine gute Sache, und wir schöpfen da unsere Handlungsmöglichkeiten meines Erachtens vollständig aus.

Wir haben da sogar noch, ich weiß nicht, ob wir jemals so weit kommen in der Rationalität der Debatte, einige Punkte in unseren Standortkriterien, die eher schädlich sind. Beispielsweise sollen auf Kindergärten keine UMTS-Anlagen und Mobilfunkmasten installiert werden. Wenn die von der Gebäudehöhe geeignet sind, sind Kindergärten gerade unter dem Gesichtspunkt der Vorsorge für Kinder eigentlich gute Standorte, denn direkt unter

dem Mast strahlt es am wenigsten. Das ist die eine Seite.

Nun zur Frage der Begleitforschung! Da sind wir der Auffassung, das ist kein spezifisch bremisches Problem, sondern ein Problem der Bundesregierung oder des Bundes insgesamt. Dort müssen entsprechende Begleitforschungsmaßnahmen in Gang gesetzt werden. Das ist auch gelaufen. Man kann sicherlich darüber diskutieren, ob da die eine oder andere Sache falsch läuft, dass also falsche Forschungen beauftragt sind oder andere vergessen wurden. Das ist aber keine Debatte, die ins bremische Parlament gehört, denn das werden wir hier nicht entscheiden.

Die nächste Frage, die wir uns dann noch stellen müssen: Ist das, was in der Petition vorgeschlagen wird, wirklich hilfreich, um das zu erreichen, was wir wollen, also die Vorsorge so hoch wie möglich zu setzen? Um die Ziele zu erreichen, wäre es nötig, eine handyfreie Zone einzurichten, um wirklich eine Versuchsgruppe zu bekommen, die keinen derartigen Strahlungen ausgesetzt ist, wobei ich nicht beurteilen kann, ob das überhaupt möglich ist. Es gibt eine Vielzahl von Strahlungsquellen, die wir gar nicht alle verbieten können, so dass ich glaube, dass das, was der Petent fordert, noch nicht einmal sehr zielführend für das ist, was wir erreichen wollen und was wir durch bundesweite Forschung, auch internationale Forschung auch weiter erforschen wollen.

Ich finde es in dem Zusammenhang sehr bemerkenswert, dass allgemein inzwischen gesagt wird, dass die Strahlung, die direkt vom Handy ausgeht, normalerweise schwerwiegender ist, als die, die vom Mast ausgeht. Die Auswirkungen vom Handy kann man relativ leicht erforschen. Vielleicht muss man in dieser Richtung weitergehen.

Vor dem Hintergrund dieser Abwägung, glaube ich oder glauben wir als SPD-Fraktion, dass dem Vorsorgeprinzip wirklich Rechnung getragen wird und wir vor diesem Hintergrund guten Gewissens sagen können, diese Petition lehnen wir ab und treten gemeinsam dafür ein, dass natürlich dazu eine umfassende Begleitforschung gemacht wird, die allerdings auf Bundesebene angesiedelt sein muss. Die möglichen Strahlenschäden sind bundesweit gleich genauso wie in Bremen. - Ich danke Ihnen!

(Beifall bei der SPD)

Präsident Weber: Als nächste Rednerin hat das Wort Frau Dr. Mathes.

Abg. Frau **Dr. Mathes** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Präsident, meine verehrten Damen und Her-

ren! Ich möchte noch einmal einige Anmerkungen machen. Zunächst, weil da der letzte Beitrag auch geendet hat, zur Frage der epidemiologischen oder medizinischen Begleitforschung! Es gibt ja das bundesweite Forschungsprogramm, und wir Grünen hatten bereits 2002 einen Antrag in die Bürgerschaft eingebracht, dass sich der Senat aktiv dafür einsetzt, dass Bremen quasi an diesem Forschungsprogramm partizipiert in dem Sinne, das zu nutzen, Gelder nach Bremen zu bringen, Forschungsgelder, weil Bremen auch Modellregion ist. Das heißt, wir gehören doch zu den Gebieten Deutschlands, wo der Ausbau des Netzes am weitesten vorangeschritten ist, und da müssen wir doch nicht nur hinsichtlich der Einführung der Technik Vorreiter sein, sondern auch hinsichtlich der Technikfolgenabschätzung.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Das wären wirkliche Synergien gewesen, vorsorgenden Gesundheitsschutz und Forschungsgelder nach Bremen zu bringen, und hier hätte der Senat aktiv werden müssen oder könnte es immer noch. Das ist die Forderung der Petition gewesen, die sie, meine Damen und Herren von SPD und CDU ablehnen.

Sie wissen auch, wie sich unsere grünen Mitglieder im Petitionsausschuss verhalten haben. Den ganzen Petitionen oder fast allen anderen Petitionen zu den Einzelstandorten werden wir zustimmen. Ich möchte hier auch noch einmal deutlich betonen, dass sich der Petitionsausschuss ernsthaft mit den Problemen auseinander gesetzt hat und dass in der Tat hier Optimierungen dadurch zustande gekommen sind in dem Sinne, dass die Strahlenbelastung wenigstens in Daueraufenthaltsbereichen heruntergefahren wird. Das finden wir gut, und das finden wir richtig. Deswegen ist es völlig absurd, wenn Herr Imhoff sagt, die Grünen wären dafür, dass Bremen zur handyfreien Zone wird.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Das ist wirklich die Uraltsschablone, wir Grünen sind ein bisschen weiter, das wäre vielleicht einmal - ich weiß es auch nicht - während der Gründungszeit möglich gewesen, aber diesen kalten Kaffee kann ich echt nicht mehr trinken, danke schön!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Soweit zum Forschungsprogramm, zu den Petitionen und wie gesagt durchaus noch einmal der Anerkennung der Arbeit des Petitionsausschusses!

Ich muss dann noch einmal etwas zu den Beiräten sagen, denn das ist ein Punkt, der ärgert mich in der Tat. Wir hätten die Beiräte wild gemacht, dazu muss ich jetzt wirklich einmal etwas sagen, und das ist die absolute Wahrheit. Ich war in fast allen Beiräten, als die Suchorte für Mobilfunksendeanlagen im Abstimmungsverfahren waren. Ich habe Herrn Imhoff dort nicht gesehen, vielleicht in Seehausen, aber Sie waren weder in Schwachhausen noch in Oberneuland, noch in Horn-Lehe, noch in der Vahr, noch in der Neustadt, nirgendwo waren Sie da anwesend! Sie wären erstaunt gewesen, Herr Imhoff, was Ihre Parteimitglieder mit Lebenserfahrung, die nämlich die ganze Geschichte von Asbest noch unmittelbar verinnerlicht haben, welche Position die hatten. Ich selbst, Herr Imhoff, habe bei den Beiräten fast nie etwas gesagt. Ich habe mich dort nicht einmal zu Wort gemeldet, sondern ich war fast ausschließlich Zuhörer. Insofern empfinde ich das dann schon wirklich als eine, ich sage einmal, Tatsachenverfälschung von einem Ausmaß, die ich so einfach nicht stehen lassen kann. - Danke schön!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort Herr Senator Eckhoff.

Senator Eckhoff: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bin jetzt der zweite Redner, der überrascht ist, dass er aufgerufen worden ist, obwohl er sich nicht zu Wort gemeldet hat. Herrn Imhoff ging es, glaube ich, gerade genauso.

Ich möchte vielleicht drei kurze Bemerkungen machen. Erstens: Ich glaube, wir alle müssen natürlich die Sorgen der Bevölkerung in wichtigen Fragen ernst nehmen. Die Frage der UMTS- und der Mobilfunkbelastung insgesamt ist bis heute nicht endgültig geklärt. Das gilt aber auch für viele andere Gesundheitsbelastungen, Frau Dr. Mathes, das wissen Sie auch. Insofern ergibt sich natürlich selbst bei altbekannten Stoffen durch die modernen Möglichkeiten von Forschung und Technik auch immer wieder eine andere Einschätzung der Lage.

Ich glaube, hier ist es wichtig, dass wir feststellen müssen, die Grenzwerte, die in Deutschland im Moment aktuell sind, werden nicht nur eingehalten, sondern sie werden weit unterschritten. Die meisten der Überschreitungen, nein, das Einhalten der Grenzwerte, liegt zwischen 0,8 und fünf Prozent, zwei Ausnahmen lagen über zehn Prozent der geltenden Grenzwerte.

Insgesamt zeigt dies schon, dass wir mit dem Thema auch ernsthaft umgegangen sind, vor allen

Dingen auch ernsthaft damit, wie wir dies in Bremen gehandelt haben, dass es nämlich sehr umfangreiche Diskussionsprozesse gab, dass es auch sehr viele freiwillige Vereinbarungen mit den Betreibern gab. Sie wissen ganz genau, dass in anderen Kommunen häufig nur nach dem geltenden Baurecht entschieden wurde. Das geltende Baurecht hat dann die Möglichkeit gegeben, eine Mobilfunkanlage abzulehnen oder sie auch aufzustellen. In den meisten Fällen wurde dann eine Genehmigung erteilt.

Wenn Sie sich ansehen, wie gerade bei uns an kritischen Stellen damit umgegangen wurde, dass häufig auf Grund von privaten Vereinbarungen mit den Betreibern Simulationsprogramme unternommen worden sind, dass man noch einmal sehr genau nachgeschaut hat, gibt es Möglichkeiten, durch geringfügigen Versatz von solchen Mobilfunkanlagen auch die umliegende Bevölkerung noch weniger als eventuell fünf oder drei Prozent des zulässigen Grenzwertes zu belasten, dann, finde ich, sind wir in der Kommune Bremen, Frau Dr. Mathes, sehr vorbildlich mit den Ängsten der Bevölkerung umgegangen. Deshalb kann ich Ihre Kritik an dieser Stelle beim besten Willen nicht nachvollziehen.

Ich glaube, dass wir, und das ist meine letzte Bemerkung, auch politisch glaubwürdig bleiben müssen. Da will ich gar nicht ansprechen, dass natürlich 100 Milliarden in die Bundeskassen geflossen sind und dass das auch mit Unterstützung des grünen Koalitionspartners in Berlin erfolgt ist. Wenn man dieses Geld einnimmt, kann man nicht vor Ort die notwendigen Umsetzungsschritte zumindest versuchen zu blockieren.

(Beifall bei der CDU)

Sie wissen genau, es wäre eine Blockade, wenn man diesem Petenten an dieser Stelle jetzt auch folgen würde. Das, finde ich, ist keine glaubwürdige Politik. Vor diesem Hintergrund meine ich allerdings, dass wir auch in Bremen vor Ort glaubwürdig sein müssen. Wir können nicht auf der einen Seite hier Kooperationsverträge unterschreiben, wir können uns nicht auf der CeBIT präsentieren, dass wir Mobile City werden wollen, dass wir UMTS-Musterstandort werden wollen, und auf der anderen Seite sagen wir, neue Standorte dürft ihr hier nicht platzieren! Das ist ein Widerspruch von Politik an sich, und das geht nicht.

Deshalb, finde ich, ist es logisch, dass der Petitionsausschuss so empfohlen hat, wie er empfohlen hat. Wir sind froh darüber, aber trotzdem sage ich Ihnen zu, meine sehr verehrten Damen und Herren hier im Haus, dass wir natürlich die weitere wissenschaftliche Entwicklung genauestens

verfolgen werden und dass, wenn es dort zu neuen Erkenntnissen kommt, wir diese neuen Erkenntnisse natürlich auch bei der Beurteilung jedes einzelnen Standortes auch mit berücksichtigen werden. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall bei der CDU)

Präsident Weber: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Es ist getrennte Abstimmung beantragt worden.

Ich lasse zuerst über die Petitionen S 15/248 und S 16/131 abstimmen.

Wer der Behandlung der Petitionen S 15/248 und S 16/131 in der empfohlenen Art zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD und CDU)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen Bündnis 90/Die Grünen)

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft beschließt entsprechend.

Nun lasse ich über die restlichen Petitionen abstimmen.

Wer der Behandlung der restlichen Petitionen in der empfohlenen Art seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft beschließt entsprechend.

(Einstimmig)

**Nachtragshaushaltsgesetz und Nachtrags-
haushaltsplan der Freien Hansestadt Bremen
(Stadtgemeinde) für das Haushaltsjahr 2005
(einschließlich Veränderungen im Produkt-
gruppenhaushalt)**

Mitteilung des Senats vom 15. März 2005
(Drucksache 16/305 S)

Die Beratung ist eröffnet. - Wortmeldungen liegen nicht vor. - Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Bei den Vorschlägen zum Nachtragshaushalt 2005 ist Überweisung an den städtischen Haushalts- und Finanzausschuss vorgesehen.

Wer der Überweisung des Nachtragshaushaltsgesetzes der Freien Hansestadt Bremen (Stadtgemeinde) 2005, des Nachtragshaushaltsplans 2005 und des Nachtragshaushalts für den Produktgruppenhaushalt für das Jahr 2005 zur Beratung und Berichterstattung an den städtischen Haushalts- und Finanzausschuss seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmhaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft beschließt entsprechend.

(Einstimmig)

Meine Damen und Herren, damit haben wir für heute die Tagesordnung der Stadtbürgerschaft abgeschlossen.

Ich bedanke mich und schließe die Sitzung.

(Schluss der Sitzung 16.49 Uhr)